20. Wahlperiode

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Wortprotokoll
der 75. Sitzung

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Berlin, den 18. Dezember 2024, 14:00 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Saal PLH E.400

Vorsitz: Renata Alt, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Einziger Punkt der Tagesordnung **Seite 6**

Öffentliche Anhörung:
Vergessene humanitäre Krisen

Mitglieder des Ausschusses

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Droßmann, Falko	Castellucci, Dr. Lars
	Engelhardt, Heike	Dieren, Jan
	Funke, Fabian	Heinrich, Gabriela
	Schwabe, Frank	Hennig, Anke
	Sthamer, Nadja	Nasr, Rasha
	Türk-Nachbaur, Derya	Özoğuz, Aydan
CDU/CSU	Abraham, Knut	Brehm, Sebastian
	Altenkamp, Norbert Maria	Brodesser, Dr. Carsten
	Brand (Fulda), Michael	Hoppermann, Franziska
	Geissler, Dr. Jonas	Lips, Patricia
	Weiss (Wesel I), Sabine	Winkelmeier-Becker, Elisabeth
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Lucks, Max	Khan, Misbah
	Mijatović, Boris	Pahlke, Julian
	Walter-Rosenheimer, Beate	Taher Saleh, Kassem
FDP	Alt, Renata	Lechte, Ulrich
	Heidt, Peter	Link (Heilbronn), Michael Georg
AfD	Braun, Jürgen	Friedhoff, Dietmar
	Sichert, Martin	Rinck, Frank
Gruppe Die Linke	Möhring, Cornelia	Akbulut, Gökay

Geladene Sachverständige

Ariane Bauer[1]
Regionaldirektorin der Operationen für EURASIEN, Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)

Lara Dovifat[1]
Leiterin der Advocacy Abteilung, Ärzte Ohne Grenzen

Dr. Martin Frick[4]
Direktor des Global Office Berlin, Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP)

Dr. Thorsten Klose-Zuber[2]
Generalsekretär der humanitären Hilfsorganisation Help, Hilfe zur Selbsthilfe e.V.

Katharina Küsters [3]
Abteilungsleitung Entwicklungspolitik Plan International Deutschland e.V.

Irfan Peci[5]
Islamismusexperte

Ralf Südhoff[2]
Direktor des Centre for Humanitarian Action e.V.

N.N.[6]

[1] auf Vorschlag der Fraktion der SPD zur öffentlichen Anhörung eingeladen

[2] auf Vorschlag der Fraktion der CDU/CSU zur öffentlichen Anhörung eingeladen

[3] auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur öffentlichen Anhörung eingeladen

[4] auf Vorschlag der Fraktion der FDP zur öffentlichen Anhörung eingeladen

[5] auf Vorschlag der Fraktion der AfD zur öffentlichen Anhörung eingeladen

[6] auf Vorschlag der Gruppe Die Linke zur öffentlichen Anhörung eingeladen

Fragenkatalog zur Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zum Thema „Vergessene humanitäre Krisen“

Humanitäre Krisen im Fokus

In der demokratischen Republik Kongo (DRK) herrscht gerade nicht nur eine schwerwiegende humanitäre Krise, das Land ist auch mit einer Epidemie von Cholera, Masern und vor allem Mpox konfrontiert. Wie bewerten Sie die humanitäre Lage in der DRK und welche Hindernisse sehen Sie für einen sicheren und effektiven humanitären Zugang in den Konfliktgebieten? Wie kann sichergestellt werden, dass die Krise in der DRK in der internationalen Gemeinschaft nicht aus dem Fokus gerät und ausreichend politische sowie finanzielle Unterstützung erhält? (SPD)

Die humanitäre Krise in Jemen gehört zu den am meisten vernachlässigten Krisen weltweit. Erschwerend kommt hinzu, dass in diesem Fall kaum funktionierende diplomatische Beziehungen bzw. Kontakte zu lokalen Behörden und Entscheidungsträgern existieren. Wie beurteilen Sie die aktuelle humanitäre Situation in Jemen? Welche spezifischen Herausforderungen bestehen für humanitäre Hilfe, wenn, wie im Fall von Jemen oder Sudan, die diplomatischen Beziehungen und Kontakten zu lokalen Behörden sehr rudimentär sind? (SPD)

Strategie des Auswärtigen Amtes zur humanitären Hilfe und Auswirkungen der Budgetkürzungen

Welche operativen Implikationen hat die Strategie des Auswärtigen Amtes für humanitäre Hilfe im Ausland auf die Arbeit humanitärer Hilfsorganisationen insbesondere mit Blick auf vergessene humanitäre Krisen? (CDU/CSU)

Welche Risiken und Folgen ergeben sich für Deutschlands Rolle und den gestalterischen Einfluss auf das reformbedürftige humanitäre System aufgrund der massiven Kürzungen des deutschen humanitären Budgets? (CDU/CSU)

Internationale Organisationen fordern immer wieder, dass humanitäre Diplomatie verstärkt eingesetzt werden muss, um die humanitäre Situation der Zivilbevölkerung in Krisengebieten zu verbessern. Wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund das Kapitel zur humanitären Diplomatie in der neuen Strategie des Auswärtigen Amts zur humanitären Hilfe im Ausland? Wie aktiv ist Deutschland derzeit im Bereich der humanitären Diplomatie und was ist notwendig, um die humanitäre Diplomatie der Bundesregierung wirksamer zu gestalten? (FDP)

Geschlechtsspezifische Diskriminierung und Gewalt sowie Auswirkungen der Klimakrise

Die Bundesregierung setzt sich für die Weiterentwicklung eines gendersensiblen, inklusiven Ansatzes im internationalen humanitären System ein. Dafür stehen die Leitlinien für feministische Außenpolitik ebenso wie die Strategie zur humanitären Hilfe im Ausland, die beide unter Außenministerin Annalena Baerbock verabschiedet wurden. Angestrebt wird, humanitäre Hilfe zu 100% gendersensibel und, wo immer angezeigt, gender-targeted umzusetzen. 2023 und 2024 hat Deutschland zudem etwa den Vorsitz des Call to Action on Protection from Gender-Based Violence in Emergencies inne. Welche Rolle kommt in der Erfahrung ihrer Organisationen vor Ort geschlechtsspezifischer Diskriminierung und Gewalt in sogenannten vergessenen humanitären Krisen zu und welche spezifisch an Frauen, Mädchen und LGBTIQ* gerichtete Unterstützungs- und Schutzangebote haben sich bewährt? Welche zusätzlichen Bedarfe lassen sich in diesem Bereich identifizieren? Wie ließe sich der Zugang von Frauen, Mädchen und LGBTIQ* zu Hilfeleistungen und Schutzmaßnahmen gerade auch in sogenannten vergessenen humanitären Krisen weiter ausbauen? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viele der sogenannten vergessenen humanitäre Krisen sind neben ihrer Langjährigkeit von einer Vielzahl sich gegenseitig verstärkender Krisen gekennzeichnet, zuvorderst den unmittelbaren Auswirkungen der Klimakrise vor Ort mit Effekten etwa auf Ernährungssicherheit. Dies hat oftmals unmittelbar dramatische Konsequenzen für die Zivilgesellschaft und kann zugleich den Konflikt weiter befeuern. Zugleich sind viele kurz- und längerfristige Effekte der Klimakrise prognostizierbar. Im Einklang mit der unter Außenministerin Annalena Baerbock verabschiedeten Klimaaußenpolitikstrategie strebt die Bundesregierung an, das Instrument der vorausschauenden humanitären Hilfe entsprechend weiter auszubauen. Welche Bedeutung kommt den Auswirkungen der Klimakrise Ihrer Erfahrung nach in vergessenen humanitären Krisen zu und welche zusätzlichen Hilfs- und Schutzbedarfe lassen sich auf dieser Grundlage identifizieren? Wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund das Potential vorausschauender humanitärer Hilfe in vergessenen humanitären Krisen? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Vergessen von Krisen: Ursachen, Entgegenwirken und Rolle der Medien

Viele Krisen - insbesondere in Afrika - existieren seit langer Zeit; es gibt wenig Entwicklung oder Veränderung. Außerdem kommen immer neue Krisen hinzu. Dementsprechend schwierig ist es, die Aufmerksamkeit für diese Kontexte aufrecht zu erhalten. Populismus und Falschinformationen erschweren es zusätzlich, die Dringlichkeit der vergessenen humanitären Krisen angemessen zu beleuchten. Wie kann die deutsche Politik dem entgegenwirken und welche Rolle können dabei NGOs, die Zivilgesellschaft aber auch die Medien spielen? (FDP)

Warum werden Krisen vergessen? Oder: Was sind die Bedingungen auf Seiten der Vergessenden und der Vergessenen, dass sie vergessen werden? (AfD)

Inwieweit unterliegen Krisen, humanitäre oder menschenrechtliche, den Gesetzmäßigkeiten der Massenmedien, und welche Veränderungen sehen Sie mit der Krise der alten Medien (Fernsehen, Print) und dem Erstarken der neuen Medien (online-Plattformen)? (AfD)

Einziger Punkt der Tagesordnung

Öffentliche Anhörung:
Vergessene humanitäre Krisen

Die **Vorsitzende:** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Sachverständige, verehrte Gäste, hiermit eröffne ich die 75. Sitzung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und begrüße Sie herzlich zu unserer öffentlichen Anhörung zum Thema „Vergessene humanitäre Krisen“. Sehr herzlich begrüße ich zunächst unsere heutigen Sachverständigen:

Ariane Bauer, Regionaldirektorin der Operationen für Eurasien, Internationales Komitee vom Roten Kreuz, per Video zugeschaltet,

Lara Dovifat, Leiterin der Advocacy Abteilung Ärzte ohne Grenzen,

Dr. Martin Frick, Direktor des Global Office Berlin, Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen,

Dr. Thorsten Klose-Zuber, Generalsekretär der humanitären Hilfsorganisation Help, Hilfe zur Selbsthilfe, e. V.,

Katharina Küsters, Abteilungsleitung Entwicklungspolitik Plan International Deutschland e. V.,

Irfan Peci, Islamismusexperte und

Ralf Südhoff, Direktor des Centers for Humanitarian Action e. V.

Ich begrüße außerdem die Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ausschüssen, die an unserer Sitzung teilnehmen. Außerdem begrüße ich sehr herzlich unsere Gäste auf der Tribüne. Ich bitte Sie, ab jetzt nicht mehr zu fotografieren und die Handys stumm zu schalten. Vorsorglich mache ich zudem darauf aufmerksam, dass Beifalls- und Missfallenskundgebungen nicht gestattet sind. Die Anhörung ist öffentlich. Sie wird live im Parlamentsfernsehen übertragen. Ich begrüße daher auch herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer an den Bildschirmen. Außerdem wird die Anhörung auf der Webseite des Deutschen Bundestages über die Mediathek abrufbar sein. Von der Sitzung wird zudem ein Wortprotokoll gefertigt, das später auch auf der Internetseite des Ausschusses veröffentlicht wird. Dort wurden heute, vor der Sitzung, auch die Stellungnahmen der Sachverständigen veröffentlicht. Den Mitgliedern des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie denen der eingeladenen Ausschüsse sind diese bereits vorab zugegangen. Wie üblich bei unseren Anhörungen möchte ich Sie um Ihr Einverständnis bitten, dass die anwesenden Mitglieder anderer Ausschüsse ein Rede- und Fragerecht haben, wie die Mitglieder des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Ich sehe keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so. Wegen der Ausübung des Fragerechts bitte ich Sie, sich innerhalb der Fraktionen abzustimmen. Zum Ablauf der Anhörung: Die Obleute des Ausschusses haben sich darauf verständigt, an dem bisherigen Verfahren festzuhalten. Danach haben die Sachverständigen, in alphabetischer Reihenfolge, zunächst die Gelegenheit ein Eingangsstatement von drei Minuten abzugeben. Daran schließt sich eine erste Frage- und Antwortrunde an. Auf die weiteren Runden folgen können, wenn es die Zeit erlaubt. In jeder der Fragerunden werden die Fraktionen und die Gruppe Die Linke in einer feststehenden Reihenfolge aufgerufen, die einerseits dem Stärkeverhältnis und andererseits dem Wechsel zwischen Regierungs- und Oppositionsfraktionen entspricht. Das heißt, dass der Aufruf in der folgenden Reihenfolge erfolgt: SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD, FDP und Gruppe Die Linke. Jede Fraktion sowie die Gruppe Die Linke haben pro Runde die Möglichkeit, eine beliebige Zahl von Fragen an bis zu zwei Sachverständige zu stellen. Für die Fragen, die auch von mehreren Abgeordneten einer Fraktion beziehungsweise der Gruppe Die Linke gestellt werden können, steht ein Zeitkontingent von insgesamt zwei Minuten zur Verfügung. Die befragten Sachverständigen haben dann jeweils für ihre Antwort höchstens vier Minuten Redezeit. Die Fragen der Abgeordneten und die Antworten der Sachverständigen folgen unmittelbar aufeinander. Am Ende der Anhörung haben die Sachverständigen

dann in einer Schlussrunde noch einmal die Möglichkeit, sich in drei Minuten abschließend zu äußern. Die Redezeit wird Ihnen auf dem Bildschirm angezeigt. Ich sehe, Sie sind damit einverstanden. Dann verfahren wir so. Ich bitte von den Sachverständigen nun zunächst Frau Bauer um ihr einleitendes Statement. Hierfür stehen Ihnen drei Minuten zur Verfügung. Bitte schön, Frau Bauer, Sie haben das Wort.

SVe **Ariane Bauer** (IKRK): Herzlichen Dank, Frau Alt. Herzlichen Dank im Namen des IKRK, des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes, an den Ausschuss Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dass Sie diesen wichtigen Austausch, heute zum Thema vergessene humanitäre Krisen, organisiert haben. Ob vergessene Krisen oder Kriege unter dem Radar, es geht bei unserer Diskussion immer zuallererst um die Menschen, die von diesen Konflikten betroffen sind. Als IKRK erleben wir zusammen mit unseren lokalen Partnern in den Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften die verheerenden Auswirkungen auf den Alltag und die Menschenwürde dieser Menschen aus erster Hand, weil wir physisch präsent sind in vielen solcher Konflikte, die eben als vergessen gelten. Beispiele hierfür sind die Zentralafrikanische Republik, die Sahel-Staaten, Somalia, Myanmar, Kolumbien oder der Jemen. Die Medienmüdigkeit führt in der Tat zu einer geringeren Sichtbarkeit dieser Konflikte, die sich auch in einer schwindenden Finanzierung widerspiegelt. Wenn sich die Finanzierung der humanitären Hilfe nur auf die tagesaktuellen Krisen konzentriert, wird es für das humanitäre System sehr schwierig, humanitäre Bedürfnisse in weniger beachteten Kontexten abzudecken. Trotzdem können wir als IKRK heute gerade dank flexibler Mittel von Geldgeberstaaten, unter denen Deutschland eine Vorreiterrolle spielt, in vielen dieser Länder Hilfe leisten, die nicht die medialen Schlagzeilen dominieren. Deshalb möchte ich mich auch bei dieser Gelegenheit zuallererst bei Deutschland und auch bei diesem Ausschuss herzlich bedanken für die substanziellen flexiblen Mittel, die uns Jahr für Jahr zugesprochen werden. Diese erlauben es uns, in Konflikten mit weniger medialer Beachtung überlebenswichtige Hilfe zu leisten. Wenn wir in vielen dieser Länder heute den Opfern von Konflikten beistehen können, dann ist es eben auch dank Staaten wie Deutschland möglich. Ich möchte hier ein paar Beispiele etwas genauer anschauen. Zunächst den Jemen. Trotz vielfältiger Herausforderungen, ob das die Sicherheit betrifft, komplexe Dynamiken zwischen den Konfliktparteien, ihren Verbündeten, oder Sanktionen von Geldgeberstaaten, können wir als IKRK eine wirksame, prinzipientreue Antwort auf humanitäre Bedürfnisse sicherstellen. So ist das IKRK regelmäßig in den Austausch von Gefangenen zwischen den Konfliktparteien involviert und seit 2020 konnten wir bereits Tausende von Gefangenen wieder mit ihren Familienangehörigen zusammenführen. Das ist nur dank unserer Akzeptanz durch alle Kriegsparteien möglich. Diese Akzeptanz geht unter anderem auch auf unsere Aktivitäten im ganzen Land zurück. Trotz vermehrter Rufe nach einer Konzentration der humanitären Hilfe im Süden des Jemen. Nebst den nötigen humanitären Geldern und der angesprochenen Flexibilität der Mittel ist für uns ein zweiter wichtiger Lösungsansatz zentral, nämlich die Einhaltung des humanitären Völkerrechts, das heißt der Genfer Konventionen. Es ist zentral, dass sich einflussreiche Staaten wie Deutschland dafür einsetzen, dass das humanitäre Völkerrecht weltweit zur Geltung kommt, auch in sogenannten vergessenen Konflikten. Dies sind grundlegende Regeln der Kriegsführung, die beispielsweise Zivilpersonen und zivile Einrichtungen wie Spitäler schützen. Somit werden Grenzen gesetzt zu dem, was in einem Konflikt erlaubt ist und was eben nicht. Das grundlegende Bekenntnis für die Wahrung und die Unterstützung des humanitären Kriegsvölkerrechts ist ein wirkungsvolles Mittel, vergessene Konflikte in Erinnerung zu rufen. Es erlaubt, konkret im Rahmen der bilateralen Beziehungen zu handeln, mit Entscheidungsträgern, die einen maßgeblichen Einfluss auf diese Konflikte haben. Dazu gehört auch, dass man bei der Mittelvergabe und Priorisierung auf das Fundament der humanitären Prinzipien achtet, nach Menschlichkeit, Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit zu handeln.

Die **Vorsitzende:** Frau Bauer, achten Sie bitte auf die Zeit. Wir haben drei Minuten vereinbart.

SVe **Ariane Bauer** (IKRK): Es ist wichtig, dass politische Lösungen zu Konflikten gefunden werden, aber das werde ich vielleicht im Nachgang meines Punktes hier nochmals aufnehmen. Danke.

Die **Vorsitzende:** Vielen Dank. Wir haben noch mehrere Fragerunden. Von daher bitte ich alle, auf die Zeit zu achten. Vielen Dank. Jetzt folgt Frau Lara Dovifat mit ihrem Statement.

SVe **Lara Dovifat** (Ärzte ohne Grenzen): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Gäste. Herzlichen Dank, dass Ärzte ohne Grenzen heute hier zu diesem wichtigen Thema sprechen kann. Ärzte ohne Grenzen leistet humanitär-medizinische Nothilfe mit mehr als 68.000 Mitarbeitenden in 75 Ländern weltweit. Wichtig ist mir zu betonen, dass wir ein unabhängiger Akteur sind. Das heißt, wir nehmen keine Gelder der deutschen Bundesregierung an und auch keine Gelder der Europäischen Union. Es ist so, dass meine Kolleginnen täglich vor Ort sehen, wie die humanitären Bedarfe durch Krieg und Konflikte wachsen, aber auch durch die Folgen des Klimawandels und Epidemien. Gleichzeitig beobachten wir einen besorgniserregenden Trend. Auf der einen Seite gehen die Finanzierungen für humanitäre Hilfe nach unten und wir sehen auch immer öfter, dass die Hilfe eben nicht nach den größten Bedarfen vergeben wird, sondern nach ganz konkreten geopolitischen Interessen. Es ist beschämend, hier zu sagen, dass Ärzte ohne Grenzen in vielen Regionen der einzige internationale Akteur vor Ort ist. Besonders drastisch zeigt sich diese Entwicklung in den sogenannten vergessenen Krisen. Viele dieser humanitären Kontexte werden aber nicht nur vergessen, sondern ganz aktiv vernachlässigt. Diese Vernachlässigung folgt oft ausgetretenen Pfadabhängigkeiten und wird durch teilweise unterkomplexe Entscheidungen noch verstetigt. Als Motor für diese Vernachlässigung sehen wir häufig eine fehlende Finanzierung, mangelndes politisches Interesse, fehlende diplomatische Beziehungen und oft sehen wir auch keinen wirklichen Elan beim Erarbeiten politischer Lösungen für diese Konflikte. Besonders hervorheben möchte ich auch, dass immer wieder Gewalt und Angriffe auf humanitär Helfende, also schwere Verstöße gegen das Völkerrecht dazu führen, dass keine oder zu wenig Hilfe bei den Menschen ankommt. Ich habe in der schriftlichen Stellungnahme dargestellt, wie sich diese Vernachlässigung vor Ort auswirkt. Ich möchte kurz zwei Beispiele skizzieren. Zum einen die Demokratische Republik Kongo: Die Lage vor Ort ist desaströs. Das ist den meisten hier bekannt. Allein 2023 behandelten meine Kollegen mehr als 25.000 Überlebende sexualisierter Gewalt. Das sind mehr als zwei Patienten pro Stunde. Das Ausmaß der Vernachlässigung ist enorm. Es fehlt an Schutz für die Betroffenen. Oft müssen die Frauen und Mädchen in den Camps lange unsichere Wege auf sich nehmen. Es fehlt an Basisstandards der Versorgung wie beleuchtete Latrinen. Diese Vernachlässigung trifft die vulnerablen Gruppen, in diesem Fall Frauen und Mädchen, gnadenlos. Das andere Beispiel, kurz ein Blick nach Nordwest Nigeria. Im Nordwesten des Landes sehen wir eine extreme Vernachlässigung. Das heißt, mehr als 30 Prozent der Kinder in unseren Projekten sind akut mangelernährt. Es fehlt an Akteuren vor Ort. Viele Akteure haben keine Finanzierung mehr, um dort zu arbeiten. Die strukturelle Vernachlässigung in diesem Kontext ist so stark, dass es nicht mal einen *Humanitarian Response Plan* der UN gibt. Das muss man sich einmal vorstellen. Wir schlagen seit Jahren Alarm. Trotzdem tut sich wenig vor Ort. Gerade mit Blick auf die sich zuspitzende Lage der Mangelernährung ist das desaströs. All diese Kontexte und viele darüber hinaus zeigen, dass massive Bedarfe auf minimale Unterstützung treffen mit katastrophalen Folgen. Ich bin daher sehr dankbar, dass heute das Thema hier auf der Agenda ist und freue mich auf den Austausch. Danke schön.

Die **Vorsitzende:** Herr Dr. Frick, Sie haben das Wort.

SV Dr. **Martin Frick** (WFP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Vielen Dank, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete für die Initiative, die zeigt, dass eben manche vergessenen Krisen doch nicht ganz vergessen sind. Das ist ein Zeichen der Hoffnung. Das begrüßen wir sehr. Ich habe mir in der Vorbereitung für diese Sitzung überlegt, was sind eigentlich vergessene Krisen? Natürlich kommen als erstes all die Länder in den Kopf, die aus der öffentlichen Aufmerksamkeit verschwunden sind. Als Organisation, die ganz wesentlich projektfinanziert ist, das geht den anderen Sachverständigen hier wahrscheinlich nicht unähnlich, sind wir auf diese Aufmerksamkeit angewiesen. Als Organisation, die auch permanent unterfinanziert ist, bedeutet der Mangel an Aufmerksamkeit Mangel an Geld und damit zum Teil drastische,

schwierige Entscheidungen, die kaum mehr zu rechtfertigen sind. Wir haben bereits Beispiele gehört: Jemen, Demokratische Republik Kongo, ganz aktuell Mosambik, das unter einem Tropensturm leidet. Das findet man nur, wenn man sehr interessiert in den Nachrichten sucht. Die Liste könnte ich lange fortsetzen, denn wir haben tatsächlich akut hungernde Menschen in 74 Ländern der Welt. So haben wir vergessene Krisen nicht nur regional oder in Ländern, die vielleicht vom Radar verschwunden sind, sondern wir haben eben auch Menschen, die akut hungern in Ländern, die vielleicht gar nicht in den Sinn kommen. Das ist eine Folge der politischen Situation. Nach wie vor, muss ich sagen, sind es 60 Prozent unserer Hungernden, die in Kriegssituationen sind. Aber wir spüren auch die wirtschaftlichen Auswirkungen immer stärker, von Überschuldung in dramatischem Maße, von hohen Kosten, immer noch in Folge der Covid-Pandemie, aber auch des russischen Überfalls auf die Ukraine und natürlich des Klimawandels. Deswegen begrüßen wir in der neuen humanitären Strategie der Bundesregierung antizipatorische Ansätze. Gerade beim Klimawandel muss man leider sagen, es kommt eben nicht überraschend. Wir wissen, was auf uns zukommt, und da ist die Flexibilität sowie die Möglichkeit Geld früh einzusetzen, bevor Schaden eintritt, sehr wichtig. Nun will ich nicht ausschließlich vom Geld reden. Es geht auch sehr stark um humanitäre Diplomatie und die ist sehr notwendig. Wir sehen nicht nur eine Zahl von Kriegen, die seit dem Zweiten Weltkrieg ein trauriges Rekordhoch erreicht hat. Wir sehen auch immer weniger Respekt gegenüber humanitären Mitarbeitenden, die immer mehr selbst zur Zielscheibe werden. Das sind Dinge, die, unabhängig vom nächsten Haushalt, unmittelbar zu leisten sind. Ich will zuletzt sagen, ich glaube, es ist enorm wichtig, für das Parlament und auch für die nächste Regierung, nicht zu vergessen, wie wichtig außenpolitische Instrumente sind, wie die humanitäre Hilfe, die aber auch in diesem krisennahen Kontext Unterstützung für Menschen in Not geben. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende:** Ich danke Ihnen. Herr Dr. Klose-Zuber, bitte.

SV Dr. **Thorsten Klose-Zuber** (Help): Liebe Frau Vorsitzende, sehr geehrte Abgeordnete, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch werte Zuhörerinnen und Zuhörer, ich möchte mich ebenfalls herzlich bedanken für die Einladung. Wir bei Help, Hilfe zur Selbsthilfe, sind als Organisation momentan sowohl humanitär als auch entwicklungspolitisch in 28 Ländern tätig. Davon tatsächlich der Großteil Länder, die zu diesen vergessenen humanitären Krisen gehören. Die Definition hatten wir jetzt schon. Es ist einerseits eine Vernachlässigung der privaten Spendenbereitschaft, die wir in diesen Krisen sehen – uns stehen als Organisation keine privaten Mittel zur Verfügung. Aber auch die öffentliche Geberfinanzierung reicht in der Regel nicht aus, um die grundlegendsten humanitären Bedarfe zu decken. Was sind die grundlegendsten humanitären Bedarfe, die zu decken sind? Es sind die, die tatsächlich zum Überleben der Menschen in der Notlage dringend erforderlich sind. Eigentlich sollte das internationale humanitäre System, genau das Defizit dieser Aufmerksamkeitsökonomie – wie wir das gerne nennen –, dass die Gelder in die Region gehen, wo die Aufmerksamkeit, aus welchen Gründen auch immer, am größten ist, dem sollte das humanitäre System entgegenwirken können, und zwar klar geleitet von zwei Aspekten. Einerseits der Bedarfsorientierung, Hilfe dort zu leisten, wo die Not am größten ist, und zweitens auf den zentralen humanitären Prinzipien basierend. Was wir stattdessen beobachten, und das schon seit mehreren Jahren, ist eine Entwicklung, die dazu führt, dass die Orientierung im gesamten humanitären System zunehmend nicht mehr vordringlich an humanitären Dringlichkeiten und Bedarfen ausgerichtet wird, und damit das gesamte humanitäre System entsprechend unter Druck gerät. Wir haben Krisen, beispielsweise in der Ukraine, die eine breite Abdeckung der humanitären Bedarfe haben. Ich möchte auch betonen, das ist absolut richtig und notwendig. Ich war letzte Woche selbst noch mal im Osten der Ukraine unterwegs. Aber es bleiben trotzdem in unterschiedlichsten Krisen Millionen von Menschen in anderen Kontexten ohne diese lebensrettende Grundversorgung. Aktuelle Beispiele sind Sambia, Äthiopien oder auch Syrien, wo weniger als ein Drittel der Bedarfe tatsächlich gedeckt sind. Jetzt gehen die Finanzmittel zurück. Völlig nachvollziehbar, dass eine entsprechende Priorisierung stattfinden muss. Wir sind allerdings hochgradig besorgt, wenn diese Priorisierung

dann nicht mehr anhand der vorliegenden Bedarfe vorgenommen wird, sondern ausschließlich entlang außen- oder sicherheitspolitischer Interessen. Das ist ein Trend, den wir bei mehreren großen Gebern aktuell sehen. Das führt dann dazu, dass innerhalb der Krise zwar noch bedarfsorientiert geholfen werden kann, aber im globalen humanitären System eine bedarfsorientierte Prioritätensetzung zunehmend schwierig wird. Bestimmte Regionen werden also strukturell bei der Geberfinanzierung bevorzugt und andere vernachlässigt, die sich dann wiederum sehr schnell zu diesen vergessenen Krisen entwickeln können. Um dem vorzubeugen oder im Rahmen der Priorisierung Schwerpunkte zu setzen, empfehlen wir vor allem nochmal einen stärkeren Blick auf lokale humanitäre Akteure. Lokale Zivilgesellschaft vor Ort ist immer noch tätig bei humanitären Krisen, wenn sich Geberfinanzierung oder auch internationale Organisationen zurückziehen; und den Blick auf die Stärkung der Kapazitäten zu legen, die vor Ort verankert sind und Arbeit leisten müssen, wäre bei einer Priorisierung bedarfsorientiert der richtige Weg. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende:** Ich danke Ihnen. Frau Küsters, bitte.

SVe **Katharina Küsters** (Plan International): Vielen Dank, sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Abgeordnete. Herzlichen Dank für die Möglichkeit, heute hier für Plan International zu sprechen. Wir sind eine unabhängige, internationale Nichtregierungsorganisation und in zahlreichen sogenannten vergessenen Krisen aktiv. Dort setzen wir uns für die Rechte von Kindern ein, insbesondere Mädchen. Der Begriff vergessene Krise suggeriert, dass Informationen nicht mehr vorliegen; weitaus häufiger ist für uns das Vergessen von Krisen jedoch Ausdruck von politischem Willen, der fehlt. Daher sprechen wir gerne von vernachlässigten oder ignorierten Krisen – weniger von vergessenen Krisen. Humanitäre Hilfe dauert heute, in der Krise, im Durchschnitt länger als zehn Jahre. Die Krisen sind nicht mehr das, was wir kennen, sondern sie dauern im Schnitt zehn Jahre. In ihnen leben zahlreiche Kinder und Frauen, sie sind besonders vulnerabel, aber gleichzeitig werden sie sehr viel weniger gehört und sie haben sehr viel weniger Einfluss. Eine humanitäre Gebergemeinschaft, die diese Machtdiskrepanz aufgrund von Geschlecht oder Alter nicht ausreichend berücksichtigt, kann, nach unserer Einschätzung, keine effektive Hilfe leisten. Es gibt zahlreiche negative Konsequenzen für Kinder, die wir in allen Ländern beobachten müssen. Kinderehen steigen, sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt nimmt zu, ungewollte Schwangerschaften, der Zugang zur Bildung ist eingeschränkt, der Menschenhandel floriert und auch die Zwangsrekrutierung, durch bewaffnete Gruppen, vor allen Dingen bei Jungen, nimmt ebenfalls stark zu. Jenseits dieser persönlichen Schicksale, die für jedes einzelne dieser Kinder, die betroffen sind, eine dramatische Auswirkung auf ihre eigene Zukunft hat, hat das auch eine Auswirkung auf die Gesellschaft, auf die Krise, in der sie sich befinden. Deswegen begrüßen wir ausdrücklich eine feministische Außenpolitik. Warum? Weil Krisen immer, egal in welchem Land und aus welchem Grund sie existieren, als Katalysator auf eine bestehende Diskriminierung wirken. Katastrophen bringen diese sogenannten Machtgefüge ans Licht. Eine feministische Außenpolitik hinterfragt diese. Ich möchte einmal klarstellen, wenn wir von Konflikten sprechen, von menschengemachten Konflikten, sind vulnerable Gruppen, Kinder und Frauen, stark betroffen. Das gilt aber auch für sogenannte Naturkatastrophen. Wir wissen zum Beispiel, dass bei Naturkatastrophen die Wahrscheinlichkeit, dass Frauen und Kinder zu Tode kommen, 14-mal höher ist als bei Männern. Dementsprechend ist für uns der Schutz vor dem Klimawandel in vernachlässigten Krisen, sowie der Schutz von Kindern und Frauen relevant und hat eine ganz wesentliche Gemeinsamkeit. Prävention ist der beste Schutz. Wir nehmen daher die vorausschauende humanitäre Hilfe in vernachlässigten Krisen als eine relevante Lösung dar. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende:** Ich danke Ihnen. Herr Peci, Sie haben jetzt das Wort für Ihr Statement.

SV **Irfan Peci** (Islamismusexperte): Vielen Dank, sehr geehrte Abgeordnete für die Einladung. Eine der Krisen, die nicht so weit entfernt ist wie die Krisen, von denen wir bislang gehört haben, ist die Situation am Balkan, speziell die Islamisierung des Westbalkans, über die ich heute reden werde. Wo sind die Wurzeln der Islamisierung

des Balkans? Wo liegen sie? Sie liegen ganz klar im Bürgerkrieg in den 90er Jahren im ehemaligen Jugoslawien. Ich bitte darum, dass ich nicht unterbrochen werde und ich in Ruhe hier darüber sprechen kann.

(Abg. Michael Brand (Fulda) (CDU/CSU)): Das ist doch gar nicht das Thema.)

SV **Irfan Peci** (Islamismusexperte): Wie bitte? Das ist das Thema und ich bitte, nicht unterbrochen zu werden.

Die **Vorsitzende:** Jetzt hat das Wort Herr Peci. Herr Peci, ich bitte Sie, dass Sie zum Thema sprechen. Moment, wir haben hier eine Meldung zur Geschäftsordnung.

Abg. **Michael Brand** (Fulda) (CDU/CSU): Ich beantrage, dass der Sachverständige darauf hingewiesen wird, dass wir hier einen Gegenstand in unserer Anhörung haben, das ist die humanitäre Hilfe, und nicht, dass die Sachverständigen die Themen setzen, sondern dieser Ausschuss setzt die Themen und es geht hier um die humanitäre Hilfe. Herzlichen Dank.

SV **Irfan Peci** (Islamismusexperte): Ich sehe hier keinen Widerspruch zu meinem Thema. Es ist eine Krise, es ist auch eine humanitäre Krise und ich habe das Statement …

Die **Vorsitzende:** Herr Peci, Sie haben jetzt das Wort und ich bitte Sie, dass Sie zum Thema sprechen, welches wir vereinbart haben: vergessene Krise.

SV **Irfan Peci** (Islamismusexperte): Ja, aber das wird verhindert. Ich will darüber sprechen und das wird hier verhindert. Das Statement liegt vor, ich habe es eingereicht und ich will jetzt darüber sprechen, wie jeder andere Sachverständige auch. Das spricht jetzt für sich und ich frage mich, was das für ein Demokratieverständnis ist, wenn man nicht mal zulässt, dass ich hier drei Minuten das Thema darstelle.

Die **Vorsitzende:** Herr Braun, Sie haben jetzt das Wort.

Abg. **Jürgen Braun** (AfD): Zur Geschäftsordnung: Ich finde es entlarvend für die CDU/CSU-Fraktion und insbesondere Herrn Brand, der sich immer gerne zum Thema Westbalkan äußert, in seinem Sinne, dass er andere Meinungen nicht erkennt.

SV **Irfan Peci** (Islamismusexperte): Sie wissen doch noch gar nicht, was ich sagen werde.

(Zurufe)

Abg. **Jürgen Braun** (AfD): Entschuldigung, Herr Brand, Sie haben jetzt wirklich nicht das Wort. Sie kennen die Stellungnahme, die schriftliche Stellungnahme des Herrn Peci, und es geht um vergessene Krisen. Es geht um vergessene Krisen und der Balkan und Westbalkan ist im Bewusstsein der Deutschen weitgehend vergessen. Sie haben nicht das Recht zu entscheiden, was eine vergessene Krise ist und was nicht. Verdammt noch mal! Herr Brand, halten Sie sich an die parlamentarischen Regeln. Verhindern Sie nicht unangenehme Wahrheiten, die Ihnen nicht in den Kram passen, weil Sie in den 90er Jahren stecken geblieben sind.

Die **Vorsitzende:** Ich erteile jetzt das Wort Herrn Peci. Herr Peci, Sie haben jetzt noch zwei Minuten für Ihr Statement.

SV **Irfan Peci** (Islamismusexperte): Nein, das sehe ich nicht ein. Wieso zwei Minuten?

Die **Vorsitzende:** Wir haben die Zeit angehalten.

SV **Irfan Peci** (Islamismusexperte): Aber ich habe doch jetzt nicht eine Minute geredet, sondern ich wurde gleich beim ersten Wort unterbrochen.

Die **Vorsitzende:** Nein, die Zeit lief und wurde dann angehalten bei den ersten Worten.

SV **Irfan Peci** (Islamismusexperte): Also mir wird

vorgeworfen, dass ich nicht differenziert bin. Ich hatte nicht mal die Möglichkeit, einen Satz zum Thema zu sagen. Ich bin durchaus differenziert und ich mache jetzt einfach weiter.

Die Wurzeln der Islamisierung des Balkans liegen im Bürgerkrieg, als der bosnische Präsident Izetbegović tausende fanatische Islamisten auf den Balkan geholt hat, woraus dann spätere Al-Qaida und IS-Terroristen wurden. Hier fing die Islamisierung an, durch die Unterstützung von ausländischen Staaten wie Saudi-Arabien, dass die bosnische Gesellschaft und Gesellschaften auf dem Balkan islamisiert wurden. Man hat bosnische junge Studenten nach Saudi-Arabien geschickt, die dort indoktriniert wurden, die als Hassprediger zurückkamen. Ein Wort, was durchaus zeigt, dass ich natürlich differenziert bin: Die Migranten vom Balkan gehören mit zu den am besten integriertesten. Das Thema ist sehr wichtig, damit wir die muslimischen Migranten vom Balkan in die deutsche Gesellschaft integrieren können und dass sie eben nicht durch das Ausland radikalisiert werden.

Abg. **Frank Schwabe** (SPD): Frau Vorsitzende, ein Geschäftsordnungsantrag.

SV **Irfan Peci** (Islamismusexperte): Ich rede gerade und ich bitte darum nicht, unterbrochen zu werden.

(Zuruf)

SV **Irfan Peci** (Islamismusexperte): Auch wenn ich Gast bin, auch dem Gast erteilt man ein Rederecht.

(Zurufe)

SV **Irfan Peci** (Islamismusexperte): Ich mache weiter, obwohl ich hier lautstark unterbrochen werde.

Die **Vorsitzende:** Ich habe das Wort Herrn Peci erteilt, dass er sein Statement zu Ende vorträgt. Danach können wir uns über weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung unterhalten.

SV **Irfan Peci** (Islamismusexperte): Sehr beachtlich, dieses Demokratieverständnis, dass man mich als Sachverständigen hier nicht mal reden lässt. Antisemitismus, ein sehr großes Thema und ein sehr großes Problem, was eigentlich für Sie relevant sein sollte. Wir sehen im ganzen Balkan judenfeindliche, antisemitische Demonstrationen, sogenannte Pro-Palästina-Demonstrationen, die von politischen Parteien unterstützt werden. Ich will auch hier einige Zahlen nennen, die das Problem noch mal ganz klar verdeutlichen. Wir haben allein in Bosnien 45 salafistische Gemeinden; wir reden von 3.400 gewaltbereiten Salafisten allein in Bosnien. Kommen wir zum Kosovo. Auch dort sehen wir ein riesiges Islamisierungsproblem. Gemessen an der Bevölkerungszahl, verfügt der Kosovo über die meisten Personen, die sich dem IS angeschlossen haben, nämlich ganze 300. Bosnien ebenso 300. Ich hoffe, …

(Zurufe)

SV **Irfan Peci** (Islamismusexperte): Ja, jetzt ist Schluss, nachdem Sie mir die Redezeit geklaut haben. Ich hoffe, dass ich dann in der Fragenrunde noch mal, …

(Zurufe)

SV **Irfan Peci (Islamismusexperte):** Ich werde hier als Betrüger beleidigt. Ist das normal hier, so ein Verhalten, dass ich nicht mal zu Wort komme und dass ein Sachverständiger beleidigt wird? Ist das normal?

(Zurufe)

Die **Vorsitzende:** Herr Peci, die Redezeit ist jetzt vorbei. Sie haben Ihre Zeit bekommen.

SV **Irfan Peci** (Islamismusexperte): Nein, ich habe meine Zeit nicht bekommen. Ich wurde von Anfang an unterbrochen.

Die **Vorsitzende:** Die Zeit wurde vorher angehalten.

SV **Irfan Peci** (Islamismusexperte): Ich wurde

während meiner Rede lautstark unterbrochen und ich bin zu gar nichts gekommen hier.

Die **Vorsitzende:** Ich kann Ihnen sagen, dass alle Anwesenden gesehen haben, dass die Uhr angehalten wurde, dass sie jetzt genug Zeit bekommen haben, für ihr Statement. Sie werden immer noch Gelegenheit haben für ein weiteres Statement.

SV **Irfan Peci** (Islamismusexperte): Wo ich dann wahrscheinlich wieder lautstark unterbrochen werde. Weder versteht man mich, noch hört man mich, noch kann ich in Ruhe ausführen.

Die **Vorsitzende:** Ich rede jetzt mit Ihnen. Ich unterbreche Sie nicht, wenn Sie reden. Ich habe Ihnen das Wort erteilt, und ich erwarte hier auch von Gästen Respekt gegenüber der Vorsitzenden, die gerade jetzt diese Sitzung leitet. – Jetzt hat das Wort Herr Schwabe.

Abg. **Frank Schwabe** (SPD): Frau Vorsitzende, ich meine, die ganze Show ist sowieso nur für YouTube. Wir haben ein Geschäftsordnungsproblem, weil natürlich allen Parteien zusteht, hier einen Vorschlag zu machen für einen Sachverständigen. Das ist so! Auf der anderen Seite ist völlig klar, dieser Bundestag würde ad absurdum geführt, wenn hier Sachverständige eingeladen werden und zu irgendeinem Unfug irgendwas erzählen, was mit dem Thema nichts zu tun hat. Dann können wir auch über Kaugummis oder sonst was hier reden. Sie könnten auch über Cannabis-Legalisierung reden. Das geht nicht! Wir haben hier eine Anhörung zu einem bestimmten Thema, und wir können verlangen, dass die Sachverständigen zum Thema reden. Wenn das nicht geht, dann beantrage ich jetzt eine Sitzungsunterbrechung, wo die Obleute sich zusammensetzen und überlegen, wie man in der Geschäftsordnung jetzt weiter mit dieser Situation umgeht.

Die **Vorsitzende:** Herr Braun, bitte.

Abg. **Jürgen Braun** (AfD): Es ist gute Tradition in der Geschichte des Deutschen Bundestages, schon zu Bonner Zeiten, dass es die Sache der Abgeordneten ist, was Sie sagen, und es ist die Sache der Sachverständigen, was Sie sagen. Es gibt keinen Eingriff, keine Zensurmöglichkeit in die Äußerungen von Sachverständigen. Das gebietet der Respekt. Sie haben alle die schriftliche Stellungnahme des Herrn Peci gekannt, die liegt vor. Sie haben keinerlei Bedenken zur schriftlichen Stellungnahme des Herrn Peci geäußert. Das darf man nicht vergessen. Ihnen passen jetzt bestimmte Äußerungen nicht. Tut mir leid. Ich habe hier sieben Jahre lang, ohne irgendeinen Zwischenruf zu machen, die absurdesten linken Sachverständigen gehört, linksextreme Sachverständige gehört, die hier irgendwelche Dinge geäußert haben, die überhaupt nichts mit dem Thema zu tun hatten. In sehr vielen Fällen. Es geht um vergessene Krisen.

(Zuruf)

Abg. **Jürgen Braun** (AfD): Moment, unterbrechen Sie mich nicht, Herr Abraham, Sie haben jetzt nicht das Wort. Ich war in Südsudan mit der Delegation, eine sehr interessante Reise, Äthiopien und Südsudan. Wir haben während dieser Delegationsreise zu den vergessenen Krisen selbstverständlich sowohl menschenrechtliche Aspekte verschiedenster Art als auch humanitäre Krisenaspekte behandelt. Wir haben alle diese Themen behandelt. Ein breites Spektrum unseres Ausschusses, das ist auch typisch für diesen Ausschuss. Das Adjektiv humanitär ist bei der Behandlung dieses Themas erst jüngst eingefügt worden. Wir hatten vorher immer das Schlagwort vergessene Krisen. Ich bitte, das, im Sinne der Vorsitzenden, denke ich, ganz klar zu handhaben, dass hier die Freiheit in der Auslegung nicht bestritten wird von einer Mehrheit. So weit sind wir noch nicht, dass die Aussagen der Parlamentarier und der Sachverständigen von der Mehrheit …

Die **Vorsitzende:** Herr Braun, Sie wollten ein Wort zur Geschäftsordnung. Ich bitte die Regie, jetzt die Kamera anzuhalten. Ich unterbreche jetzt die Sitzung und bitte alle Obleute zu mir.

Sitzungsunterbrechung 14:38 Uhr bis 15:02 Uhr

Die **Vorsitzende:** Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Ich bitte die Regie, die Kameras wieder einzuschalten. Das Wort hat jetzt Herr Südhoff für sein Statement.

SV **Ralf Südhoff** (CHA): Vielen Dank. Es ist nicht ganz einfach, danach einfach weiterzumachen, aber vielen Dank für die Einladung und vor allem mit Blick auf das eigentliche, sehr wichtige, Thema der Anhörung. Am Beispiel der vergessenen Krisen würde ich gerne verdeutlichen, warum wir glauben, dass dies ein so wichtiges Thema ist, weil womöglich eine Zeitenwende in der humanitären Hilfe droht, wie das Thema beleuchten kann. Vergessene Krisen zu vermeiden, darum geht es eigentlich heute, ist ein zentrales, vereinbartes Prinzip der humanitären Hilfe, welche in der Pflicht steht, Menschen in größter Not zu unterstützen, ohne Ansehen der Person oder auch der Region des Krisengebiets. Deswegen ist es zentral, denn gleichwohl kommt es doch immer wieder zu vergessenen Krisen, wie die einschlägigen Indizes zum Beispiel von ECHO oder NRC immer wieder verdeutlichen. Auch Deutschland hat sich der Vermeidung vergessener Krisen verpflichtet, der Ansatz erscheint aber gleichzeitig bedrohter denn je; schon vor der Sitzung hatte ich notiert, auch von Seiten des Parlaments, durch rechtspopulistische Narrative, aber auch teils aus der politischen Mitte mit bereits fatalen Folgen. Warum glauben wir, dass eine Zeitenwende der deutschen humanitären Hilfe drohen könne vor diesem Hintergrund? Deutschland hat sich in den letzten zehn Jahren von einem humanitären Zwerg zu einem relevanten Geber aufgeschwungen und darüber sehr viel Glaubwürdigkeit gewonnen. Da es bis heute kein großer Gestalter, also *Player* der humanitären Hilfe ist, ist diese Glaubwürdigkeit eines engagierten *Payers* aus unserer Sicht gerade auch für vergessene Krisen, zentral. Dieses *Standing* drohen nun insbesondere die aktuellen Budgetpläne zunichtezumachen, die ohnehin bereits auf starke Kürzungen seit 2022 folgen. Dabei ist besonders wichtig festzuhalten, dass das Narrativ irreführend ist, dass Deutschland bisher ein vermeintlich weltweit führender Geber war und weit mehr geleistet hat und dies nur normalisiere, wie die erste Grafik[1] verdeutlichen kann. Das Gegenteil ist der Fall, wie Sie hoffentlich den Grafiken entnehmen können. Würde Deutschland seine humanitäre Hilfe, Sie finden das aktuell geplante humanitäre Budget ganz unten eingeordnet, mit dem roten Balken, pro Kopf so kürzen, wie im Moment geplant, wäre es nur noch der zehntgrößte Geber weltweit. Im Vergleich zur Wirtschaftskraft, was sicherlich die relevantere Größe ist, kann das nächste Slide verdeutlichen, dass Deutschland nicht mal mehr zu den zehngrößten Gebern zählen würde nach Ländern wie Katar und Saudi-Arabien. Eine solche Kürzung der humanitären Hilfe würde zugleich mit einer radikalen Priorisierung einhergehen müssen. Dies führt zum zweiten Punkt, einer drohenden Zeitenwende, aus unserer Sicht mit Blick unter anderem auf die neue humanitäre Strategie des Auswärtigen Amtes, auch im Sinne einer damit drohenden Politisierung der deutschen humanitären Hilfe zu Lasten vergessener Krisen. So erklärte, unter anderem, bei der Vorstellung der neuen humanitären Strategie, Staatssekretärin Baumann, dass das AA künftig Krisen priorisieren würde, die Zitat „Auswirkungen auf Deutschland und Europa haben“. Es liegt in der Natur der Sache, dass die meisten vergessenen Krisen fernab von Europa liegen. Deswegen werden sie oftmals vergessen. Beispiel Lateinamerika: Vier der sechs am schlechtesten finanzierten Krisen 2023 lagen in Lateinamerika. Beispiel Afrika: Die humanitären Bedarfe in Afrika liegen bei rund 45 Prozent. Das nächste Slide können wir vielleicht noch kurz zeigen. Trotzdem ist die Förderung für Afrika deutlich niedriger, wie Sie in dem rechten Balken auf der Grafik sehen können. Die geplante Förderung für die Ukraine ist gleichzeitig ungefähr dreieinhalb Mal so groß wie eigentlich die angemessenen Bedarfe für einen Geber wie Deutschland. Letzter Satz: Vor diesen und den in den weiteren Stellungnahmen geteilten Gründen, glauben wir, dass ein Szenario droht einer Zeitenwende der deutschen humanitären Hilfe. Wir sehen es als eine zentrale Aufgabe des Ausschusses und einer neuen Bundesregierung an, das aus humanitären, aus moralischen, aber auch aus außen- und sicherheitspolitischen Interessen zu verhindern. Vielen Dank.

[1] Die Präsentation ist dem Anlagenkonvolut beigefügt

Die **Vorsitzende:** Vielen Dank, Herr Südhoff. Dann kommen wir nun zur Fragerunde. Das Wort hat Frau Türk-Nachbaur.

Abg. **Derya Türk-Nachbaur** (SPD): Meine Frage hätte ich gern an Frau Bauer gerichtet. Ich weiß aber nicht, ob sie noch zugeschaltet ist. Frau Bauer, sind Sie noch da? Scheinbar nicht. Dann würde ich meine Frage an Frau Dovifat richten. Frau Dovifat, Sie haben von gezielten Vernachlässigungen humanitärer Krisen aufgrund politischer Interessen gesprochen. Was, glauben Sie, kann Deutschland auf diplomatischer Ebene tun, um sowohl kurzfristig humanitäre Hilfe zu gewährleisten als auch langfristig strukturelle Veränderungen zur Reduktion von Vernachlässigungen herbeizuführen? Meine zweite Frage: In diesen Krisen spielen nicht nur Kriege und Konflikte eine Rolle, damit einher gehen ganz viele Epidemien, Krankheiten etc. Was bedeutet das für Ihre Arbeit, zum Beispiel im Jemen oder Kongo, Ebola, M-Pox oder Cholera? Was bedeutet das für Ihre Arbeit? Könnten Sie bitte darauf eingehen?

SVe **Lara Dovifat** (Ärzte ohne Grenzen): Vielen Dank. Ich würde mit Ihrer zweiten Frage starten. Sie haben es erwähnt, Epidemien, Pandemien spielen für Ärzte ohne Grenzen eine enorm große Rolle. Es sind zum einen klassische Fälle wie Masern, Cholera, aber dann auch Fälle, die hier mehr Aufmerksamkeit erhalten wie Ebola oder M-Pox. Oft verstärken sich tatsächlich die zugrunde liegenden Faktoren in diesen Krisen gegenseitig. Wir haben eine schlechte Ernährungslage, wir haben eine schlechte Sanitärversorgung, wir haben oft inakzeptable Lebensbedingungen in diesen Camps, und so schafft sich eine Krise in der Krise. Ich möchte das am Beispiel der Demokratischen Republik Kongo betonen. Seit Jahren sehen wir massive Masern-Epidemien im Land. Es gibt keine ausreichenden Präventionsmaßnahmen. Spätestens mit der Corona-Pandemie sind die letzten Impfkampagnen zum Erliegen gekommen und bis heute nicht ausreichend wieder aufgenommen. Allein im letzten Jahr hatten wir 300.000 Masern-Fälle mit mehr als 6.000 Todesopfern. Das Spannende ist, dass, anders als bei Ebola oder M-Pox, diese Ausbrüche keinerlei mediale Aufmerksamkeit auf sich ziehen und eben auch keinerlei signifikante Reaktionen der internationalen Gemeinschaft mit sich bringen, weil hier ganz konkret keine Gefahr gesehen wird für westliche Länder. Das Ergebnis ist fatal. Wir sprechen hier von einer Krankheit, die durch Präventionsmaßnahmen vermeidbar wäre. Trotzdem ist die Lage so, wie sie ist. Ein letzter Punkt noch zu diesem Thema ist das Gegenstück, nämlich die Ausbrüche, die viel Aufmerksamkeit auf sich ziehen, Ebola oder auch M-Pox. M-Pox, endemisch seit 2022 in der Demokratischen Republik Kongo. Auch hier sehen wir, obwohl es diese Aufmerksamkeit gibt, dass tatsächlich die *Tools*, die wir bräuchten, um die Menschen zu testen, zu diagnostizieren, um sie zu impfen, um sie zu schützen, überhaupt nicht da ankommen, wo dieser Ausbruch gerade stattfindet, sondern Impfstoffe immer noch in Ländern gehortet werden, wo der Bedarf gar nicht gegeben ist. Ich habe heute früh nochmal mit den Kollegen im Kongo gesprochen. Sie sagen, bis heute hat das Land nicht genügend Laborkapazitäten, um die Fälle zu testen. Das müssen wir uns vorstellen: Wie wollen wir eine Pandemie eindämmen, wenn wir nicht mal wissen, wo sie genau stattfindet. Ich denke, hier noch mal ganz deutlich zu betonen, wenn wir es nicht schaffen, vermeidbare Krankheiten wie Cholera, Polio und Masern einzudämmen, wird es bei der Bekämpfung von Pathogenen mit pandemischem Potenzial schwierig. Darf ich noch die erste Frage behandeln? Ich kann mich auf meine Vorrednerinnen und -redner beziehen. Gerade die so wichtige humanitäre Diplomatie kann hier eine Rolle spielen. Das wurde auch schon in der Strategie des Auswärtigen Amtes ein bisschen weiter ausgebaut und skizziert, was wir sehr begrüßen. Ich denke, sehr zentral ist hier das Mittel der Sondergesandten, also *Special Envoy*. Wir sehen das im Bereich Gaza, was die Bundesregierung gut gemacht hat, dass sie da eine Sondergesandte aufgestellt hat und eine dezidierte Kapazität geschaffen hat, die dann auch für Fragen des humanitären Zugangs zuständig ist. Das wäre sehr wünschenswert, tatsächlich auch in anderen Bereichen zu sehen. Mit dem Blick auf Sudan haben wir lange auf eine Sondergesandte gewartet. Nun wurde verkündet, dass das zusätzlich noch der Staatsministerin ins Hausaufgabenheft geschrieben wurde, was wir als nicht ausreichend empfinden. Danke.

Die **Vorsitzende:** Ich danke Ihnen. Jetzt haben das Wort Herr Brand und Herr Altenkamp. Sie teilen

sich die Fragen.

Abg. **Michael Brand** (Fulda) (CDU/CSU): Ganz herzlichen Dank. Ich darf für die CDU/CSU vorweg ein herzliches Dankeschön – und die Gelegenheit will ich am Ende der Wahlperiode auch nutzen – an die NGOs, an die humanitären Helfer richten, weil das, was sie an Arbeit machen, ist nicht *nice to have*, sondern es ist Hilfe zum Überleben. Es ist auch ein Tun gegen den Zynismus. Meine Frage richtet sich an Herrn Südhoff. Sie haben beschrieben, dass wir in einer Lage, sind, in der die derzeitige Regierung die humanitäre Hilfe krass kürzen wollte. Sie haben vom humanitären Zwerg gesprochen. Ich will aber den Blick nach vorne richten, was würden Sie sich wünschen? Finanziell, strukturell, was sind die wichtigsten Punkte, um dieser Verantwortung gerecht zu werden?

Abg. **Norbert Maria Altenkamp** (CDU/CSU): Vielen Dank. Ich möchte daran anschließen und meine Frage an Herrn Dr. Klose-Zuber stellen. In Ihrer Stellungnahme haben Sie ein Mittel beschrieben, um diesen enormen Budgetdruck, der irgendwann auch haushälterisch bei den NGOs ankommt, eine Perspektive zu geben. Sie haben von der Lokalisierung als Schlüssel gegen vergessene Krisen gesprochen, denn vergessene Krisen sind in der Regel unterfinanziert, wenn überhaupt Finanzmittel dort zur Verfügung stehen. Aber wenn die Budgets nun mal dann unter Druck sind, was ist der Clou? Man hat nicht mehr Geld. Was ist der Effektivitätsgewinn, um diese Lokalisierung als Schlüssel gegen vergessene Krisen zu aktivieren? Was ist der Gewinn?

Die **Vorsitzende:** Wer möchte beginnen? Herr Südhoff?

SV **Ralf Südhoff** (CHA): Vielen Dank für die Frage. Vielen Dank auch nochmal für die Einladung. Zur Frage, was sind die Wünsche? Was wären wichtige Wege vorwärts auch unter einer womöglich bald neuen Bundesregierung? Wenn man es rein budgetär betrachtet, wie wir es versucht haben im Rahmen der Grafiken etwas zu beleuchten. Wir gehen davon aus, Deutschland möchte weiter prinzipiell ein Top-Geber der humanitären Hilfe sein. Das ist auch der Anspruch, der mit der humanitären Strategie weiterverfolgt wird. Wir glauben, dass es notwendig ist, das gemessen an der Wirtschaftsleistung zu betrachten. Wenn Sie sich den Grafen angeschaut haben, liegt Deutschland dort allenfalls im Mittelfeld, schon zu guten Zeiten, wie 2023, worauf unsere Daten basieren, die Sie in der Stellungnahme finden. Wir glauben, dass das erforderlich macht, dass Deutschland ein sehr substanzielles und verstetigtes Budget hat und zur Verfügung stellen kann. Die Analyse, auf der der Graf basiert, mit dem damaligen Budget – da lag das Budget noch bei 2,2 Milliarden Euro. Das scheint das Minimum, was man leisten muss, wenn man es ernst meint, dass man humanitär engagiert ist und ein zurecht führender Geber bleiben soll. Zweiter Punkt, Stichwort: Was heißt das für die Ausrichtung der humanitären Hilfe? Es geht nicht darum, naiv zu sein. Natürlich ist als ein Gegenargument zu einer befürchteten weiteren Politisierung der deutschen humanitären Hilfe zu sagen, man habe sie auch in der Vergangenheit nicht komplett bedarfsorientiert vergeben. Wir haben die Zahlen analysiert, auch in vergangenen Stellungnahmen, dass schon in der Vergangenheit Deutschland mehr Geld beispielsweise für den Nahen Osten, insbesondere für die Versorgung syrischer Flüchtlinge, gegeben hat. Das war teils politisch initiiert durch Sondermittel aus dem Bundestag, aber im Großen und Ganzen bestätigen die Zahlen, dass Deutschland zumindest bis 2021, wo wir Zahlen haben, ein weitgehend prinzipienorientierter humanitärer Geber war, der seine Mittel weitgehend bedarfsorientiert vergeben hat, und dies auch international, in den zahlreichen Interviews, die wir für unsere Studie geführt haben, hoch anerkannt wird. Und genau dieses Alleinstellungsmerkmal von Deutschland macht aus, dass Deutschland im humanitären, aber auch im außenpolitischen Bereich ein sehr glaubwürdiger Spieler ist, was besonders relevant ist, wenn man gleichzeitig in die Strategie schreibt, dass die humanitäre Hilfe ein zentrales Element für die nationale Sicherheitsstrategie ist, weit über das Humanitäre hinaus. Wenn man es so *framet*, dann muss man auch die humanitäre Hilfe schützen und vernünftig ausstatten. Es würde uns allen, glaube ich, insgesamt, auch für so eine Anhörung, sehr helfen, wenn wir auch das Auswärtige Amt und die Kolleginnen und Kollegen der humanitären Referate – die wir hiermit ausdrücklich für ihr

leidenschaftliches Engagement und nach allem, was ich weiß, unzählige Überstunden, loben und hervorheben wollen – personell vernünftig ausstatten könnten. Wir haben die Daten schon mehrfach geteilt, dass Deutschland ein Bruchteil des Personals einsetzt für die humanitäre Hilfe, ihre Ausgestaltung und die Mittelvergabe im Vergleich zu anderen Gebern wie ECHO, wie Schweden, wie Großbritannien, wie die USA. Das wäre Voraussetzung auch dafür, was ein Wunsch an den Ausschuss wäre, dass die Berichterstattung zur humanitären Hilfe nicht wie bisher nur alle vier Jahre erfolgt. Deswegen gibt es in 2021 nur Zahlen von 2018 bis 2021, die dann 2022 berichtet wurden. Es ist kein Zufall, dass, glaube ich, keiner der Sachverständigen, einschließlich uns, die als *Think Tank* diese Hausaufgabe am ehesten wahrscheinlich hätten, Zahlen teilen konnte, wie viel Geld Deutschland eigentlich in vergessene Krisen, je nach Definition, gibt. Denn diese Daten gibt es schlicht nicht und es ist auch nicht zu erwarten, dass diese dann für so eine Anhörung von einem übrigens auch nicht sehr digitalisierten Ministerium, zur Verfügung stehen. Daher wäre es auch ein großer Wunsch, dass der Ausschuss die Berichtspflicht ausweitet und damit deb Druck erhöht, dass die Ausstattung des Auswärtigen Amts in dem Bereich besser wird. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende:** Herr Dr. Klose-Zuber.

SV Dr. **Thorsten Klose-Zuber** (Help): Herr Altenkamp, vielen Dank für die Frage. Vielleicht noch einmal kurz zur Erinnerung, warum die Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren fundamental wichtig ist für ein humanitäres System, was immer weiter unter Druck gerät. Ich habe in meinem Eingangsstatement skizziert, das sind die Akteure, das sind lokale zivilgesellschaftliche Organisationen, NGOs, die sind vor Ort in den Ländern verortet. Die sind auch noch da, wenn sich aufgrund einer mangelnden Bedarfsorientierung Finanzierungsströme verändern, und sie sind in der Verantwortung humanitäre Hilfe vor Ort überhaupt noch leisten zu können. Das heißt, es ist logisch, wenn wir priorisieren müssen, dann ist einerseits die Frage, wie werden Mittel verteilt? Idealerweise anhand einer Bedarfsorientierung. Die zweite Frage, und die ist dann auch schon Teil der Antwort: Wer sollte in welcher Art und Weise Finanzierungen, die dann gegebenenfalls reduziert sind, bekommen? Dann stellt sich die Frage, wie können denn lokale Akteure, lokale Organisationen besser möglichst direkte Finanzierung bekommen? Es ist begrüßenswert, dass in der neuen Strategie des Auswärtigen Amts die Lokalisierung auch als ein Schwerpunkt genannt wird. Die Frage stellt sich aber: Wie setzen wir es um? Das eine ist die Frage, wie können lokale Akteure von internationalen Finanzierungen partizipieren. Das funktioniert momentan noch nicht ausreichend. Es gibt internationale Reformbemühungen, die vorgesehen haben, dass mindestens 20, 25 Prozent der Mittel an lokale Akteure weitergeleitet, direkt implementiert werden sollen, so direkt wie möglich. Das passiert momentan noch nicht. Das heißt, eine Möglichkeit ist, dort tatsächlich *Pooled Funds* zu schaffen. Das heißt, zivilgesellschaftlich verwaltete Finanzierungsinstrumente, wo dann auch lokale Akteure, lokale Organisationen ihre Anträge direkt stellen können. Was momentan passiert ist, dass internationale Organisationen in Kontakt mit lokalen Organisationen sind. Das passiert selten auf Augenhöhe. Das ist ein zweiter Grund, der dann eher an uns als Organisationen geht, Organisationen auch als relevante Partner wahrzunehmen und sie auf Augenhöhe zu beteiligten, und dann gleichzeitig auch Finanzierungen für ihre Projektideen zur Verfügung zu stellen und nicht nur international geberfinanzierte INGO-Projekte finanzieren zu lassen. Was mitgedacht werden sollte, ist auch der Bereich der Kapazitätsstärkung. Es ist sehr kontextabhängig. Wenn man in der Ukraine ist, findet man hervorragende Kapazitäten in der lokalen Zivilgesellschaft. In anderen Kontexten ist es anders. Sich auch die Frage zu stellen, wie können wir Teile des Budgets nutzen, in die Ausstattung mit Personalressourcen, beispielsweise Standards und Prozesse einzuhalten, spielt sicherlich auch eine wichtige Rolle. Ich würde hier ebenfalls die humanitäre Diplomatie in die Pflicht nehmen, sich über den Zugang von lokalen Akteuren an solche Finanzierung, die Rolle der lokalen Zivilgesellschaft an solchen Finanzierungsinstrumenten, wie wir sie momentan haben, stärker in den Blick zu nehmen. Das passiert momentan noch zu wenig. Am Ende sind es Fragen der klassischen Administration. Momentan kann sich beispielsweise keine zivilgesellschaftliche Organisation direkt um deutsche Mittel bewerben. Das ist nicht möglich. Das heißt, die

Frage ist, wenn es lokalen Organisationen gelingt, beispielsweise bei einem Geber ein Qualitätsprofil zu durchlaufen, warum lässt sich das dann nicht entsprechend auf andere Geber übertragen? Wenn beispielsweise eine Organisation bei USAID positiv beschieden wird, dann muss sie nicht zwangsläufig auch noch im Auswärtigen Amt, oder bei anderen Gebern, das Qualitätsprofil durchlaufen; dafür braucht es aber gemeinsame Standards, die zwischen den Gebern entsprechend abgestimmt werden. Dann stellt sich gleichzeitig die Frage, wenn Deutschland neue Geber sucht und versucht die Finanzierung zu verbreitern, welche Rolle spielt dann, bei einer Verbreiterung der Geberbasis, tatsächlich die Relevanz von lokalen Akteuren? Oder geht es dann nur darum, das internationale humanitäre System, das teilweise lokale Organisationen umgeht, dann weiter auszustatten? Aber die sitzen in der Regel nicht mit am Tisch. Und die Frage müssen wir uns stellen: Wie holen wir sie mit in die Verhandlungen?

Die **Vorsitzende:** Vielen Dank. Da zu Beginn der Fragerunde Frau Bauer noch nicht digital zugeschaltet war, würde ich jetzt noch einmal Frau Türk-Nachbaur die Möglichkeit geben, Ihre Frage an die zweite Sachverständige zu stellen, wenn Sie damit einverstanden sind.

Abg. **Derya Türk-Nachbaur** (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich glaube, wir merken es alle, die hier im Raum sind, das Vertrauen in so ein regelbasiertes humanitäres System, insbesondere in Regionen mit internationaler Aufmerksamkeit, ist unter Druck. Die langfristigen Auswirkungen der mangelnden Einhaltung humanitärer Prinzipien hat Auswirkungen auf die Stabilität und das Vertrauen in diese Regionen. Was könnte Deutschland aus Ihrer Sicht tun, um diese Prinzipien weltweit mehr zu stärken und das Vertrauen zu fördern? Was sollte politisch und vor allem gesellschaftlich getan werden, um dieses Vertrauen weiterhin zu stärken? Danke.

SVe **Ariane Bauer** (IKRK): Herzlichen Dank, Frau Türk-Nachbaur. Vielen Dank, dass ich nochmals zu Wort kommen darf. Ich glaube, Sie sprechen hier ein sehr wichtiges Thema an, denn diese humanitären Prinzipien sind in der Tat sehr stark unter Druck. Hier sprechen wir von Humanität, von Neutralität, von Unabhängigkeit und von Unparteilichkeit, vor allem in der Arbeit, die wir alle als humanitäre Akteure, vor allem in Kriegsgebieten, ausrichten. Neutralität wird heute oftmals missverstanden als ein Mangel an Mitgefühl, als Desinteresse. Dabei ist die Neutralität, die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit eigentlich das Mittel, die Arbeitsinstrumente, die wir haben, die es uns erlauben überhaupt an bedürftige Menschen in Kriegsgebiete zu kommen. Hier möchte ich ein paar Beispiele ausführen, weshalb diese Kontakte in Kriegsgebieten auch wichtig sind. Wir müssen mit Konfliktparteien in Kontakt treten, seien es staatliche Behörden oder nicht staatliche, bewaffnete Gruppierungen. Die sind wichtig, weil wir wissen, dass beispielsweise, was nichtstaatliche Akteure angeht, 210 Millionen Menschen in solchen Gebieten leben. Das heißt, man kann auch nur davon ausgehen, dass die Bedarfe dort riesig sind. Wir müssen die Sicherheit unserer Angestellten, Freiwilligen, wenn wir an die Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften denken, wirklich gewährleisten können. Das sind extrem wichtige Kontakte, damit wir erklären können, was wir dort überhaupt tun. Wir müssen auch Kanäle haben, wo wir erklären und fördern können, was das humanitäre Völkerrecht angeht, dass all diese Gruppierungen an die Prinzipien des humanitären Völkerrechts gebunden sind. Was können weitere Akteure hier tun? Ich glaube, wenn wir mit Mitgliedern des Bundestages sprechen, ist es wichtig, dass die Wichtigkeit dieser Prinzipien verstanden werden, von allen, und dass diese Botschaft wirklich herausgetragen wird durch die Arbeit, die Sie mit der Zivilbevölkerung in ihren Ländern leisten, durch Medienengagements und auch, dass die Mittel, die gesprochen werden, dann bedarfsorientiert eingesetzt werden. Das ist, glaube ich, heute mehrmals angesprochen worden durch die anderen Kollegen im Raum. Aber das ist wirklich essenziell. Wir haben heute viele unserer größten oder wichtigsten, langjährigen Einsätze im Mittleren Osten, aber auch, da kann ich vom Südsudan sprechen, vom Jemen, von Mali, Nigeria, Somalia, Demokratische Republik Kongo, wo wir wirklich mit Geldgebern darum kämpfen müssen, dass wir Zuwendungen kriegen, die wir dort ausgeben können. Da ist die Vorreiterrolle, die Deutschland spielt, in dem, was für uns eine sehr hochwertige Finanzierung ist, nämlich ungebunden, extrem

wichtig, damit wir wirklich schnell, effizient und effektiv unser Mandat in Kriegsgebieten ausführen können und somit auch relevant sind. Ich glaube, das ist heutzutage von großer Wichtigkeit, da Fragen der Menschenwürde, aber auch Sicherheitsfragen, so dominant sind. Wir wissen alle, was Instabilität weltweit für Auswirkungen haben kann. Wir müssen da auch sicherstellen, dass Menschen würdig leben können, auch wenn sie leider in Kriegsgebieten leben. Ich danke Ihnen für die Zeit.

Die **Vorsitzende:** Ich danke Ihnen. Herr Mijatović, bitte.

Abg. **Boris Mijatović** (BÜDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich möchte Ihnen danken, dass Sie da sind und dass wir zu dem wichtigen Thema in Austausch gekommen sind. Meine Fragen gehen an Frau Küsters vom Plan International und Herrn Südhoff vom CHA. Frau Küsters, Sie haben in Ihrer Stellungnahme von strukturellen Nachteilen für Frauen und Mädchen gesprochen. Meine Frage geht vor allen Dingen in diese Richtung. Was kann eine Organisation wie die Ihre, aber auch andere Organisationen, tun, um solche Strukturen zu durchbrechen? Wie erreichen Sie die Gruppen? Wir waren auf unserer Reise in Äthiopien und im Südsudan, dort haben mit unterschiedlichen Organisationen gesprochen. Wer es hören wollte, konnte den Schwerpunkt, was humanitäre Hilfe ist, und den Schwerpunkt dieser Veranstaltung leicht mitkriegen. 50 Prozent der Frauen in Äthiopien leiden entweder infolge von frühen Geburten und Verheiratung, im Alter von 12, 13, 14, an Erkrankungen oder sind genital verstümmelt, im schlimmsten Fall beides. In Südsudan ist es nicht viel besser, eher noch schlimmer. Da sind uns noch dramatischere Geschichten erzählt worden. Herr Südhoff, meine Frage an Sie bezieht sich auf den Klimawandel. Sie sagen, dass der Klimawandel schon heute sehr starke Folgen zeigt. Wer den Klimawandel leugnet, der leugnet auch den Bedarf an humanitärer Hilfe. Wer glaubt, dass es keinen menschengemachten Klimawandel gibt, der hat den Schuss nicht gehört. Aber zu Ihrer Einlassung würde ich dann doch fragen, welche Rolle spielt denn der Klimawandel heute bei der Vernachlässigung von Krisen? Sind wir bei der Ausbeutung des Bodens mit dreckigem Wasser, mit verunreinigten Flüssen, mit den Wetterextremen in den Regionen stark genug aufgestellt? Wir haben im Südsudan gehört, dass im Norden des Landes Überflutungen vorherrschten, die zwei Millionen Menschen betreffen, teilweise aus dem Norden geflohen. Die Malaria-Todesrate liegt bei über 30 Prozent. Gruselige Zustände. Vielleicht können Sie das noch ausführen. Vielen Dank.

SVe **Katharina Küsters** (Plan International): Vielen Dank für die Frage und die Möglichkeit, noch etwas genauer darauf einzugehen. Sowohl bei Katastrophen, die durch den Klimawandel ausgelöst werden, als auch bei menschengemachten Konflikten erleben wir, dass Bevölkerungsgruppen unterschiedlich betroffen sind. Mädchen und Frauen haben in den meisten Vernachlässigungskrisen dieser Welt sehr wenig Mitspracherecht; sie sind aber die ersten, die die Auswirkungen zu spüren bekommen. Wie Sie richtig aufzählten, erleben wir Frühverheiratungen, was zu sehr frühen Schwangerschaften führt. Das ist auch relevant und sehr gefährlich, sowohl für die junge Mutter als auch die Kinder, die geboren werden. Was wir erleben ist, dass der Einsatz für Gleichberechtigung oft noch, je nachdem mit wem wir sprechen, als *nice to have* anerkannt wird. Wir möchten dafür sorgen, dass klar gemacht wird, dass wir hier tatsächlich von Überleben sprechen. Wenn wir davon sprechen, dass wir eine humanitäre Situation haben und nicht verstehen, wie unterschiedlich sich das auf vulnerable Gruppen auswirkt, dann gefährden wir die Frauen und Mädchen als auch generell Kinder vor Ort. Das gilt übrigens auch für Jungen, weil wir in vielen Kontexten sehen, dass insbesondere Jungen von bewaffneten Gruppen rekrutiert werden. Es gilt gerade in diesen sogenannten vergessenen Krisen zu verstehen, dass wir nicht darauf warten können, dass die Krise vorbei ist, um uns dann darum zu kümmern, dass Mädchen gleichberechtigt sein können bzw. ihre Rechte leben dürfen; das ist ein Grundrecht, was sie haben. Sondern wir müssen verstehen, dass Gleichberechtigung von Mädchen und Frauen essentielle Auswirkungen auf die verschiedenen Krisen hat. Warum ist das so? Weil wir wissen, dass zum Beispiel Mädchen oft diejenigen sind, die als erstes ihren Zugang zur Bildung verwehrt bekommen, gleichzeitig aber die Bildung von Mädchen Auswirkungen auf die Kindersterblichkeit hat. Wir wissen, dass

Gesellschaften, in denen Frauen keine politische Teilhabe haben, sehr viel aggressiver sein können und viel schneller zu Konflikten neigen. Wir wissen auch, dass, wenn Frauen politisch involviert sind, der Frieden viel mehr Bestand hat. Wenn wir nicht anerkennen wollen, wie wichtig dieser Aspekt ist, dann können wir auch langfristig nicht verhindern, was daraus erwächst. Gerade bei Kindern, gerade bei Mädchen, die eben ihre Kindheit in diesen Krisen erleben und dadurch persönlich stark geprägt sind, aber eben auch die ganze Gesellschaft prägen werden, weil eine ganze Generation verloren gehen wird. Was machen wir hier? Vielleicht noch kurz: Wir arbeiten in allen unterschiedlichen Camps mit Geflüchteten und versuchen zum Beispiel durch *Safe Spaces* und der Zusammenarbeit mit Frauen und jugendgeführten Organisationen nachzufragen, was denn die Bedarfe sind. Denn diese Frauen und diese Mädchen sind keine Opfer, sondern sie sind Akteurinnen und sie können einen sehr relevanten Beitrag leisten. Deswegen ist es so wichtig, ihnen zu ermöglichen diesen Raum einzuräumen. Das können wir, wenn wir uns die Mühe machen, sowohl mit diesen Gruppen zu arbeiten, aber auch mit den Männern und Mitgliedern der Gesellschaft, die dazu beitragen, das System aufrecht zu erhalten. Danke.

SV **Ralf Südhoff** (CHA): Vielen Dank für die Frage. Ich habe drei Punkte zum Thema Klimawandel und vergessene Krisen, die ich versuche, schnell zu teilen. Einmal Stichwort Narrative: Warum gibt es eigentlich vergessene Krisen? In der Tat ist es eine Delegitimierung von Not und humanitären Bedarfen in vergessenen Krisen, wenn man bei den zahllosen Ländern, in denen die Not und die humanitären Krisen massiv durch den Klimawandel befeuert wurden und werden - wenn man sich die Listen anschaut, die wir geteilt haben – hinterfragt, ob dieser Klimawandel eigentlich menschengemacht ist, ob es ihn überhaupt gibt und so weiter. Damit entzieht man sich der Verantwortung – insbesondere Staaten aus dem globalen Norden wie Deutschland –, sich um diese Krisen überhaupt kümmern zu müssen, und sie dann durchaus vergessen zu dürfen, weil es dann womöglich eher ein hausgemachtes Problem ist etc. und man sich gar nicht die Frage stellen muss, ob man beispielsweise über die Klimafinanzierungsmechanismen und der wichtigen Diskussion hierzu auch auf den einschlägigen COPs und Klimagipfeln mehr Mittel bereitstellen muss. Stattdessen befeuert man damit, dass es überhaupt vergessene Krisen gibt, weil es heute kaum noch eine Krise gibt, die nicht auch durch den Klimawandel mit befeuert wird oder in ihrem Zentrum steht. Die Haupttreiber für humanitäre Krisen heute sind Klima und Konflikt. Zweitens: Vom Klimawandel betroffene humanitären Krisen sind in vielerlei Hinsicht häufig ganz besonders vom Vergessen betroffen, weil der Klimawandel oder die Wetterphänomene und Naturkatastrophen ein weit unpolitischeres und damit vielfach sicherheitspolitisch unrelevanteres Thema ist. Wir hatten eine dramatische Phase, gerade erst vor wenigen Jahren, kurz nach Ausbruch des Ukraine-Krieges und den Entwicklungen, die Thorsten Klose-Zuber vorhin skizziert hat mit einer sehr starken Förderung für die Ukraine, welche ja auch weiterhin geplant ist. Gleichzeitig sahen wir massive Dürren, massive Wetterphänomene am Horn von Afrika, was absolut unterfinanziert war, was kaum Spenden akquirieren konnte, auch auf dem privaten Markt nicht. Es hat gleichzeitig aber kein geopolitisches, kein sicherheitspolitisches Interesse gegeben, Mittel in diese Region zu leiten und es war extrem schwierig vor allem für Hilfsorganisationen, für *Fundraising*-Abteilungen, für *Advocacy*-Kolleginnen und Kollegen, hier die richtige Balance zugunsten dieser damals massiv vergessenen Krisen, trotz immenser Bedarfe, zu … – so wie heute beispielsweise Südsudan und Sudan, wo kaum jemand darüber redet, obwohl eine der schlimmsten Hungersnöte überhaupt im Sudan derzeit droht. Ein Punkt umgekehrt aber auch noch: Wenn man sich die Analysen anschaut und die Finanzflüsse, die aus Klimaprogrammen zugunsten solcher Krisen fließen, muss man gleichzeitig anmerken, nur ein „mehr“ und „weiter so“ würde auch nicht weiter helfen. Weil die weitestgehenden Finanzierungsprogramme und das, was geleistet wird im Klimabereich, auch in humanitären Kontexten, geht in überwiegend stabile Kontexte, wo relativ schnell sichtbare Erfolge zu erzielen sind und gerade dort, wo Klimafolgen und Konflikt zusammenkommen, dort, wo wir über Fragilität reden, über die zu-nehmende Zahl von Staaten, bei denen es sehr schwer ist, auch Zugang zu gewinnen, oder wo man regierungsfern handeln muss; all das sind – nach den Analysen, die wir im Sommer auf unserer Jahreskonferenz ausführlich diskutiert haben – genau das sind die

Kontexte, wo Klimaprogramme gerade nicht investieren, weil es eben auch riskant ist. Es braucht entsprechend auch eine andere Priorisierung, eine andere Risikobereitschaft auch von diesen Akteuren, wie insgesamt bei Hilfsorganisationen, bei den Gebern, bei den Parlamenten und so weiter, dass man in diesen vergessenen Krisen, die häufig eben von Konflikt und Fragilität betroffen sind, nur wird helfen können, wenn man bereit ist, gewisse Risiken einzugehen und anzuerkennen, dass Hilfe nicht immer zu 100 Prozent ankommen kann. Das gehört zum Spiel und es ist leider ein sehr wichtiges und überlebenswichtiges Spiel für immer mehr Menschen. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende:** Herr Heidt, bitte.

Abg. **Peter Heidt** (FDP): Vielen Dank, auch vielen Dank an Sie, dass Sie heute hier sind und die Organisationen vertreten, die für den Bereich humanitäre Hilfe von extrem großer Bedeutung sind. Ich glaube, hier in dem Ausschuss sind wir uns ziemlich einig, dass wir insgesamt mehr Geld für die humanitäre Hilfe ausgeben wollen. Es ist nicht immer so ganz einfach, sich mit Haushältern auseinanderzusetzen, lieber Michael Brand, das wirst Du auch noch erleben. Es ist ja so, ich bin nicht mehr ganz jung, ich kann mich gut an „We are the World“ erinnern, 1985. Damals hatte man im Verhältnis viel weniger Hungernde als heute. Das heißt, die globalen Krisen steigen immer mehr an, und ich glaube, ein Problem ist schon, dass wir uns insgesamt damit auseinandersetzen müssen, dass wie unabhängig davon, wie viel Geld auch letztendlich aus Deutschland zur Verfügung gestellt wird: Es wird im Zweifel nicht ausreichen. Deshalb meine Frage an Dr. Martin Frick und auch an Herrn Südhoff. Herr Dr. Frick, Sie haben betont die Rolle der humanitären Diplomatie für zielgerichtete Hilfe in vergessenen Krisen. Wie sieht für Sie eine wirksame humanitäre Diplomatie konkret aus? Wo sehen Sie Nachsteuerungsbedarf? In welchen Bereichen sollte sie sich zukünftig stärker manifestieren? Welche Maßnahmen sollte die internationale Gemeinschaft hinsichtlich der humanitären Diplomatie prioritär verfolgen? Sie als Organisation, welche Maßnahmen ergreifen Sie, um Prozesse zu entlasten, Synergien zu schaffen, humanitäre Hilfe kosteneffizienter zu gestalten? Hat sich das EFB explizit das Ziel gesetzt, mit weniger Ressourcen mehr zu erreichen? Herr Südhoff, Sie haben unterschieden zwischen *Player* und *Payer*. Ob Sie mir das vielleicht nochmal erklären, das habe ich noch nicht ganz verstanden. Sie haben unterschiedliche deutsche Diplomatie im humanitären Bereich skizziert. Sie haben die USA und andere erwähnt. Wo sehen Sie da die Unterschiede? Was können wir von diesen anderen Ländern lernen? Wo können wir einen Vorteil daraus ziehen? Sie haben die deutschen Auslandsvertretungen bemängelt. Welche Auswirkungen hat denn diese Lücke auf die Effektivität der deutschen humanitären Hilfe?

Die **Vorsitzende:** Herr Dr. Frick, Sie haben das Wort.

SV Dr. **Martin Frick** (WFP): Vielen Dank. Humanitäre Diplomatie ist natürlich zwingend notwendig. Ich fange bei den vielen Kriegen an. Wir haben 59 aktive Kriege auf dem Planeten nach dem letzten Jahrbuch von Cipri. So viele, wie wir noch nie hatten, seit dem Zweiten Weltkrieg. Dass man hier Initiativen braucht, um diese Konflikte zu stoppen, liegt auf der Hand. Das ist schwierig, aber Deutschland genießt eine große Glaubwürdigkeit aufgrund unseres Einsatzes für Entwicklung, für humanitäre Hilfe, und diesen Hebel kann man nutzen. Ich will mich ausdrücklich anschließen an das, was Frau Dovifat vorhin gesagt hat. Das Instrument der Sondergesandten ist ein sehr wirkungsvolles, weil man in vielen Situationen – wir haben das zum Beispiel im Sudan gesehen mit dem humanitären Zugang – allein schon dadurch etwas erreichen kann, dass es eine dezidierte Person in einem G7-Land gibt, das sich für die Situation einsetzt. Das ist das Signal, wir schauen hin, wir schauen nicht weg und wir tun etwas in der humanitären Diplomatie. Dann will ich kurz etwas zum Klima sagen. Ralf Südhoff hat das schon sehr gut gesagt. Wir können uns in allen Situationen gar nicht mehr leisten, Klima nicht mitzudenken. Deswegen bedeutet für mich auch humanitäre Diplomatie, dass man zum Beispiel im Instrument der antizipatorischen Hilfe, *Early Warning*, *Early Action* Instrumente einbaut, weil sie wirkungsvoll sind, weil sie funktionieren und weil sie ein Zeichen für Klimagerechtigkeit sind, dass sich Deutschland auf die Fahnen geschrieben hat. Das bringt mich zu dem Punkt der Effizienz in

humanitären Aktionen. Nicht alles folgt dem Imperativ der Effizienz. Wenn Menschen am Verhungern sind, brauchen sie Lebensmittel, und zwar schnell. Alles, was notwendig ist, um dahin zukommen, ist richtig. Aber wenn wir zum Beispiel eine Situation wie in Syrien sehen, wo wir alle gespannt hinschauen und hoffen, dass der Frieden hält und dass wir nicht das nächste Regime zu befürchten haben, dann gibt es eben auch die Möglichkeit, aus der reinen humanitären Hilfe in die Resilienz-Programme zu gehen. Den ersten Schritt Richtung Entwicklung zu tun und nachhaltige Ernährungsgrundlagen zu schaffen. Wir tun das zum Beispiel im nördlichen Sahel mit Landwiederherstellung, wo die Grenze oft fließend ist zwischen humanitärer Hilfe in der *Lean Season* und dem Aufbau von Resilienz- und klimarelevanten Programmen, die auch zig andere *Co-Benefits* haben. Das geht von Unterstützung für die Frauen –wir haben es sehr oft mit Situationen mit starker Binnenmigration zu tun, da sind diejenigen, denen wir Unterstützung zukommen lassen, hauptsächlich Frauen und Kinder –, es geht den ganzen Weg hin bis zur Ernährungssicherheit und bis zum Unternehmertum. Das müssen wir zusammendenken. Das ist wahrscheinlich schon ein Appell an den nächsten Bundestag und an die nächste Regierung, dass man keine Scheu haben sollte, humanitäre Resilienz, Entwicklungsthemen, Übergangshilfe, aber auch Klimafinanzierung zusammenzudenken. Das Geld wird immer knapp sein. Da haben wir keine Illusion. Deswegen ist es umso wichtiger, wenn man zum Beispiel bei der Klimafinanzierung das Augenmerk darauf richtet, dass weniger als zwei Prozent der vorhandenen Mittel für Anpassung überhaupt bei den am meisten fragilen Staaten ankommt. Letzter Satz: In diesem Zusammenhang begrüßen wir es ausdrücklich, dass sich die Bundesregierung auch bei der letzten Klimakonferenz dafür eingesetzt hat, Augenmerk auf Menschen in fragilen Kontexten zu richten, in der Klimafinanzierung. Da ich noch eine Sekunde habe, will ich auch an dieser Stelle den Kolleginnen und Kollegen im Auswärtigen Amt großen Dank aussprechen. Ich unterstütze, was Ralf Südhoff gesagt hat. Es ist im internationalen Vergleich wirklich ein Ministerium, das sehr, sehr dünn ausgestattet ist. Danke.

Die **Vorsitzende:** Herr Südhoff.

SV **Ralf Südhoff** (CHA): Vielen Dank für die Frage, Herr Heidt. Das Thema *Payer-Player* ist unser Lieblingsthema. Wenn Sie mich danach fragen, dann muss ich jetzt schon auf die Uhr gucken. Aber in aller Kürze: Aus unserer Sicht hat Deutschland in den vergangenen zehn Jahren eine beeindruckende Entwicklung hingelegt. Nachdem Kanzlerin Merkel sagte, einer ihrer größten politischen Fehler war es, dass sie nicht früher anerkannt hat, dass humanitäre Hilfe zentral und wirklich wichtig ist, auch weit über die humanitäre Hilfe hinaus – hat sich das humanitäre Budget tatsächlich rasant erhöht von einem fast inexistenten, welches immer viel kleiner war als im Entwicklungsbereich. Deutschland hat, übrigens bis heute, einen überraschend kleinen Anteil in seinem gesamten entwicklungs- und humanitären Budget, den es für humanitäre Hilfe bereitstellt. Das sind nur etwa zehn Prozent; die USA geben ungefähr ein Drittel, die OECD-Staaten insgesamt 15, teils 20, 22 Prozent. Dieser finanzielle Aufwuchs musste nachgeholt werden mit Personal. Das ist zum Teil gelungen, aber wie beschrieben, in einem Ausmaß, welches viel langsamer war als der finanzielle Aufwuchs. Das hat Folgen für die Frage, wie sehr sind die Kolleginnen und Kollegen eigentlich damit beschäftigt, Mittel und Projekte zu verwalten statt die humanitäre Hilfe selbst zu gestalten; zum Beispiel lokaler zu machen, wie es Thorsten Klose-Zuber zu Recht als eine Top-Priorität beschrieben hat. Beispielsweise partizipativer vor Ort zu machen, Personal zu haben, was die humanitären Krisen dort diskutiert, wo sie stattfinden, in den großen *Hubs*, sei es in Amman, Nairobi oder in den Krisenländern selbst. Dort hat, Sie haben zu Recht das Stichwort Auslandsvertretung genannt, Deutschland kein Personal, Null. Auf Fraktionsanfrage sagt das Auswärtige Amt, wir können keine Person benennen, die sich in Auslandsvertretungen schwerpunktmäßig mit humanitärer Hilfe beschäftigt. Das ist in der Tat bei den USA und den Briten ganz anders. Die Europäische Kommission hat allein in den Auslandsvertretungen 450 Mitarbeitende, die sehr gute Experten sind und in diesem Bereich langjährig arbeiten. Wohingegen das Auswärtige Amt bei solchen Fragen massiv unter der permanenten Rotation leidet, dass alle drei Jahre die Kolleginnen und Kollegen auf neue Posten gehen müssen. Dadurch ist es schwer, eine gewisse Expertise aufzubauen. Das führt teils dazu, dass Deutschland in

diesen wichtigen zentralen Debatten immer mehr gefragt ist, weil man sagt, ihr seid so ein wichtiger Spieler, ihr habt die *Hardpower*, ihr habt das Geld, um Prozesse zu beeinflussen, um Hilfsorganisationen zu schnelleren Reformen zu bewegen, dass sie schneller mit den Lokalen zusammenarbeiten, dass sie effizienter sind, dass sie transparenter sind – dafür braucht es aber *Manpower*, dafür müssen sie sehr strategisch vorgehen und das wird vielfach noch vermisst auf deutscher Seite. Unsere große Befürchtung ist, dass jetzt, nachdem Deutschland den großen Sprung zum *Payer* gemacht hat, jetzt der nächste Schritt zum *Player* hätte erfolgen können, man dieses Ungleichgewicht jedoch womöglich dadurch löst, dass man beides eigentlich nicht mehr so richtig ist. Das wäre nicht nur schade, sondern auch sehr fatal aus unserer Sicht. Bisher ist es unseres Erachtens tatsächlich sehr hilfreich, dass in der Strategie – humanitäre Diplomatie ist da ein perfektes Beispiel – ganz viele wichtige und zentrale Dinge stehen. Unsere Kritik an der Strategie ist: Es stehen zu viele wichtige Dinge drin. Das, was das Auswärtige Amt umsetzen und wirklich voranbringen könnte, das hätte man vielleicht auf vier, fünf echte Schwerpunktthemen fokussieren sollen. Humanitäre Diplomatie – aus unserer Sicht wäre es eines derjenigen gewesen. Wir haben heute eine Sondergesandte für den Nahen Osten; diese hat nicht mal ein eigenes Reisebudget. Deswegen können die humanitären Referate teils nicht mehr zu einfachen Terminen fahren, weil sie gar kein Reisebudget mehr haben, weil das alles aus ihren Bereichen kommen muss. Wir haben seit langem die Diskussion, ob man für den Sudan nicht auch eine Kollegin, einen Kollegen bräuchte. Das macht jetzt eine der Staatssekretärinnen nebenbei. Sie müssen solche Schwerpunkte, wenn Sie etwas gestalten wollen, mit Ressourcen unterfüttern und sich dann im Lichte der Ressourcen wenige priorisieren. Das wäre unser Wunsch auch an die Umsetzung der Strategie. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende:** Herr Braun, bitte.

Abg. **Jürgen Braun** (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Vielen Dank an alle Experten für ihre Einschätzungen und Informationen. Mir stellt sich immer wieder die Frage, ob wir nicht politisch Verantwortliche, in vielen Staaten der Welt, entlasten, wenn wir denen die bequeme Ausrede geben, es läge irgendwie an einem Klima, das angeblich irgendwie industriell hervorgerufen sei. Jegliches Wetterphänomen gilt dann als Entschuldigung für politisches Versagen. Denn es gibt Länder, die gehen einfach sehr viel besser damit um und andere weniger. In Asien zum Beispiel gibt es viele Regierungen, die nicht über bestimmte Veränderungen jammern. Das ist, denke ich, ein ganz entscheidender Punkt. Entscheidend ist, vergessene Krise ist eben auch Westbalkan. Wir haben hier sowohl menschenrechtlich wie humanitär den Eindruck, dass die deutsche Politik vielfach auf die falschen Kräfte, über die Jahre, über Jahrzehnte, gesetzt hat, direkt wie indirekt. Herr Peci, Sie sind Experte im Bereich Islamismus. Sie haben sich als Jugendlicher radikalisiert und sind dann, als junger Mann, ausgestiegen und haben sich den deutschen Sicherheitsbehörden gestellt. Sie stammen vom Westbalkan. Was sind Ihre Hinweise, woe die deutsche Politik Fehler macht im Bereich Balkan? Zweite Frage: Warum ist überhaupt die Lage auf dem Westbalkan, die in den 90er Jahren eine große Rolle gespielt hat in der deutschen Politik, eine Krise, die in Deutschland vergessen ist? Wie erklären Sie sich das?

Die **Vorsitzende:** Wenn ich noch einmal darauf hinweise, ich bitte Sie, dass Sie sich an das Thema halten, zu dem wir heute eingeladen haben. Ich kann nicht mehr, als an Sie zu appellieren, dass Sie akzeptieren, worauf wir uns alle in der Obleuterunde und im Ausschuss geeinigt haben.

SV **Irfan Peci** (Islamismusxperte): Gut, ich will erklären, warum dieses Thema, diese vergessene Krise am Westbalkan, zum heutigen Thema passt und sich zu einer humanitären Krise ausweiten kann. Wir haben zum Beispiel vom Bürgerkrieg in Syrien gehört. Es war auch von Prävention die Rede, darum geht es ja, dass wir präventiv wirken, damit es nicht zur humanitären Krise kommt. Auch aus Sicht einer feministischen Außenpolitik sind diese Punkte, denke ich, schon sehr relevant. Wir haben von Frauenrechten gesprochen. Herr Mijatović hat zum Beispiel Genitalverstümmelung erwähnt oder Frühverheiratung von Mädchen. All das wird mit dem politischen Islam begründet. Das ist die ideologische Rechtfertigung, dass man

das macht. Deswegen verstehe ich jetzt nicht die Empörung, dass das angeblich nichts damit zu tun hat. Es hat sehr wohl damit zu tun. Es geht auch um Frauenrechte. Wir sehen es in Afghanistan mit den Taliban, wo wir auch lange zugeschaut haben, und jetzt Frauen darunter leiden. Eben auch unter Genitalverstümmelung, Frühverheiratung und so weiter. Wir sehen all diese Probleme. Das hängt auch sehr mit der Islamisierung zusammen. Deswegen ist das überhaupt kein Widerspruch, weil wir auch über die ideologische Grundlage dieser Krisen sprechen müssen. Die Krise am Westbalkan hat auch viele Auswirkungen auf Deutschland. Allein schon aufgrund der geografischen Nähe. Wir haben Hunderttausende muslimischer Migranten aus dem Balkan hier, die teilweise sehr gut integriert sind. Aber das ist eine der Krisen und es wurden hier viele verschiedene Punkte …

(Zuruf)

SV **Irfan Peci** (Islamismusxperte): Ich rede doch nicht über den Islam, sondern wir reden über die vergessene Krise am Balkan. Das ist das Thema und es ist eine vergessene Krise, die sich noch weiter ausweiten kann, die sich auch zu einem erneuten Bürgerkrieg ausweiten kann, und deswegen ist das eine sehr wichtige Krise. Wir reden jetzt hier über Afrika und so weiter. Der Balkan liegt direkt hier vor unserer Haustür. Deswegen ist das sehr wichtig. Eines der Probleme ist, dass man die falschen Leute unterstützt. Zum Beispiel die islamisch-konservative Partei, die SDA, in Bosnien, die aber überall auch Ableger hat, in Nordmazedonien und so weiter. Die deutsche Bundesregierung unterstützt die SDA, die damit beschäftigt ist, die Gesellschaften auf dem Balkan wieder zu re-islamisieren. Die werden auch von der Türkei unterstützt. Auch die Türkei spielt hier eine große Rolle, die viele Balkanstaaten als Satellitenstaaten betrachtet und diese Großmachtfantasien hat. Auch von den hier anwesenden Parteien gibt es Vertreter, die beste Kontakte zur SDA haben und somit Teil des Problems sind, weil sie nicht die freiheitlichen, demokratischen, liberalen Kräfte unterstützen, sondern die islamistischen, die radikalen Kräfte. Das wird sehr negative Auswirkungen für uns in Deutschland haben, denn es droht eben, ähnlich wie schon mit den türkischen Migranten – Stichwort DITIB, AKP, Erdogan –, dass die muslimischen Migranten vom Balkan nicht in die deutsche Gesellschaft integriert werden, sondern vom Ausland gesteuert werden, radikalisiert werden und somit eben eine erfolgreiche Integration der Migranten in Deutschland verhindert wird. All das hängt mit der Krise der Islamisierung am Westbalkan zusammen. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende:** Wir kommen zu einer zweiten Fragerunde. Aus Zeitgründen werden die Sachverständigen für die Antworten jetzt zwei Minuten bekommen. Das Wort hat Frau Sthamer.

Abg. **Nadja Sthamer** (SPD): Ich würde dann zum Thema der Anhörung kommen, und Ihnen, Herr Dr. Frick, gerne die erste Frage stellen und Frau Dovifat dann die zweite. Meine erste Frage bezieht sich darauf, dass wir oft in die Problematik kommen, dass bei Betrachtung humanitärer oder vergessener humanitärer Krisen Abhängigkeiten von internationalen Hilfslieferungen ebenfalls eine Spirale darstellen, aus der Regionen schlecht wieder herauskommen. Ich habe immer das Instrument der *Cash-Transfers* im Kopf, mit dem man Möglichkeiten hat, so einen Kreislauf zu durchbrechen, um eben da, wo es möglich ist, wegzukommen von reinen Güterlieferungen. Dies hat neben der Stärkung lokaler Märkte den Vorteil, dass es zu weniger Plünderungen kommt und zu weniger Transporten. Vielleicht könnten Sie das Instrument beleuchten und auch welchen Stellenwert das aus Ihrer Sicht in der Arbeit und in Bezug auf vergessene humanitäre Krisen hat und vielleicht auch haben sollte. Frau Dovifat, ich hätte an Sie die Frage – Herr Mijatović hat vorhin schon von der Reise nach Äthiopien und Südsudan berichtet. Im Südsudan war vor allen Dingen Thema die vielen Frauen, die in sehr unsicheren Gebieten leben, wo es auch keinen sicheren oder guten Zugang zu sicherer Geburt gibt. Insgesamt stelle ich mir immer wieder die Frage, welche Möglichkeiten es gibt – auch über mobile Angebote, vielleicht auch durch Nutzung der Digitalisierung in solchen vergessenen humanitären Krisen, unabhängig von Einrichtungen von gewissen Institutionen oder Krankenhäusern, Geburtsstationen und so weiter – Nothilfe zu leisten, indem man mobile Hebammen-angebote macht. Was sehen Sie da noch als Chancen, wo vielleicht Digitalisierung Dinge verbessern könnte, um bei den

vergessenen humanitären Krisen, vor allen Dingen für Frauen, die Gesundheitssituation zu verbessern?

SV Dr. **Martin Frick** (WFP): Beginne ich einmal, vielen Dank. Ich hatte eingangs erwähnt, dass wir nicht nur 343 Millionen Menschen haben, die akut hungern, sondern dass es in 74 Ländern der Welt so ist. Das hat vor allem wirtschaftliche Gründe, die mit enormen Importabhängigkeiten zu tun haben. Da spielen die Überschuldungen der Länder eine starke Rolle, da spielen aber auch die hohen Weltmarktpreise, schwindende Währungswerte und starke Inflation eine große Rolle. In diesen Zusammenhängen haben wir Interesse und arbeiten daran, Ernährungssysteme zu transformieren. Wir brauchen weltweit weniger Abhängigkeit von den drei Grundnahrungsmitteln, die am meisten in der Welt gehandelt werden. Wir haben sehr gute, sehr interessante Ansätze, Ernährungsvielfalt in den Ländern zu unterstützen und da gehören *Cash-Transfers* definitiv mit ins Repertoire. Ich muss dazu sagen, dass das etwas ist, wo die internationale Gemeinschaft über ein Jahrzehnt, oder noch länger, Erfahrung hat; das funktioniert, die Hilfe kommt gezielt an. Sie ist tatsächlich mit viel weniger Transaktionskosten verbunden, als das bei physischer Lebensmittelspende der Fall ist und ist deswegen ein Instrument, das nicht nur kostengünstig ist, sondern auch sehr schnell, sehr intensiv helfen kann, mit positiven Nebeneffekten für die lokalen Märkte, für Klein- und Kleinsterzeuger. Neben *Cash-Transfers* versuchen wir auch immer stärker, lokal einzukaufen, zum Beispiel in unserem Schulmahlzeitenprogramm, das in mehr als 60 Ländern der Welt gefahren wird, wo wir unsere Kaufkraft dazu verwenden, Kleinsterzeugerinnen zu unterstützen, damit sie für ihre Produkte einen Markt haben.

SVe **Lara Dovifat** (Ärzte ohne Grenzen): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. Das ist eine äußerst relevante Frage: Wie kann Mutter-Kind-Gesundheit in vergessenen Krisen sichergestellt werden? Sie haben den Südsudan angesprochen, da sehen wir einen massiven Influx an Geflüchteten aus dem Sudan, um die sich Ärzte ohne Grenzen auch kümmert. Wir setzen auch immer wieder mobile Kliniken ein, weil das einfach ein Mittel ist, um Menschen, gerade in diesen recht instabilen Kontexten, gut zu erreichen. Wir sehen aber, ob es jetzt in Gaza ist oder auch im Jemen, dass tatsächlich diese Art der Versorgung immer wieder massiv zu kurz kommt, unterfinanziert wird oder nicht stattfindet. In Gaza haben wir zum Beispiel eine Situation vorgefunden, wo Frauen, die entbunden haben, direkt wieder in diese – Zelte kann man es gar nicht nennen, eher Behausungen – entlassen wurden. Es war völlig egal, ob die jetzt Infektionen nach der Geburt hatten oder nicht. Wir haben dann erstmal angefangen eine Station zu eröffnen, wo die Frauen zumindest drei Tage nach der Geburt betreut werden. Das ist nichts, das kann man mit deutschen Verhältnissen nicht vergleichen. Wo ich die größten Chancen sehe? Ich glaube, es ist ganz wichtig, die Kapazitäten auszubauen. Wir führen immer wieder Lehrgänge durch, bilden zum Beispiel medizinisches Fachpersonal am Ultraschall aus. Die größte Chance ist aber tatsächlich die Einhaltung des Völkerrechts. Denn wir sehen immer wieder, dass die langen Wege dazu führen, dass Frauen gar nicht erst ins Krankenhaus kommen. Wir sehen, dass Angriffe auf medizinische Einrichtungen dazu führen, dass Frauen oder Menschen im Allgemeinen diese Einrichtungen meiden, weil sie Angst haben, angegriffen zu werden. Wir sehen auch immer wieder, dass Konflikt- und Kriegsparteien ganz gezielt weibliches Personal an ihrer Arbeit hindern. Wir haben im Jemen die Situation, dass vor allem an Frauen keine Visa vergeben werden, wo Frauen eben bewegungseingeschränkt sind. Wir haben eine ähnliche Situation in Afghanistan. Das sind die Chancen, die wir sehen. Eine klare Einhaltung und Verstöße des Völkerrechts klar benennen wäre hier sehr zielführend, um die Müttergesundheit nachhaltig auszubauen. Danke schön.

Die **Vorsitzende:** Ich danke Ihnen. Herr Altenkamp.

Abg. **Norbert Maria Altenkamp** (CDU/CSU): Vielen Dank. Ich hätte zwei Fragen. Zunächst: Vergessene Krisen sind, Herr Dr. Klose-Zuber, auch Folge einer gewissen Aufmerksamkeitsökonomie, so wie Sie in Ihrer Stellungnahme geschrieben haben. Gleichzeitig ist das Bilden von diesen Narrativen, Herr Südhoff, auch Folge von einer gewissen Aufmerksamkeitsökonomie, einer Welt ständig am Rande des Erregungstatbestandes. Irgend-

wo kommen wir gar nicht mehr so richtig zur Ruhe und trotzdem müssen wir pragmatisch damit umgehen. Deswegen meine erste Frage an Herrn Südhoff. Wenn man sich die Haushaltsplanberatungen ansieht, dann bekommt man lange Listen aus jedem Ministerium. In jedem Ministerium steckt ein bisschen humanitäre Hilfe drin, als ob das zum guten Ton gehören würde, dass jeder sich ein bisschen darum kümmert. Manchmal hat man daraus folgend eine organisierte Unverantwortlichkeit. Was halten Sie von der Idee, Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe schlagkräftig in einem Ministerium zusammenzuführen? Das ist die Frage an Sie. An Herrn Dr. Klose-Zuber noch die Frage: Man hofft ein bisschen stillschweigend, wenn man sich jetzt besonders auf Europa und die Krisen in Europa konzentriert, dass sich irgendwie jemand anders auf der Welt um die anderen Krisen kümmert. So nach dem Motto: alles ist weit weg, dann sollen sich halt die Chinesen, die Russen, die Inder oder wer auch immer sich darum kümmern. Sehen Sie denn, wenn eine solche Strategie verfolgt wird, den Ansatz, dass man sich auch effektiv darum bemüht, dass sich dann praktisch jeder irgendwie um seine Region kümmert, sodass keine Leerstellen bei der humanitären Hilfe bleiben?

SV **Ralf Südhoff** (CHA): Vielen Dank für die Frage. Ich gehöre zu den wenigen Menschen, die Wahlprogramme lesen. Insofern bin ich nicht ganz so überrascht, dass die Frage kommt. Ich glaube in der Tat, dass es notwendig wäre, prinzipiell die Instrumente unserer internationalen Zusammenarbeit besser zu koordinieren, besser zusammen zu bringen, womöglich das auch institutionell anders aufzustellen. Wir haben, glaube ich, tatsächlich zu viele Instrumente und das, was teils ein Vorteil ist und als Vorteil gerühmt wird – der flexible Instrumentarien-Kasten –, ist vielfach auch ein Nachteil und führt zu großen Reibungsverlusten. Die *Spending Review* vom Finanzministerium 2018 hat einiges dazu beigetragen und die Folgen, die daraus zu ziehen waren, sind bis heute in der Umsetzung. Wie man so eine Aufstellung neu macht, das ist, glaube ich, eine Gretchenfrage. Es gibt international sehr unterschiedliche Beispiele. Mark Lowcock, bis vor kurzem der UN-*Emergency*-Koordinator, hat gerade ein ganzes Buch geschrieben, warum es aus seiner Sicht nicht gut gelungen ist, was die Briten vorgemacht haben, die vor wenigen Jahren im britischen Außenministerium die Entwicklungshilfe und die humanitäre Hilfe zusammengelegt haben und warum das sehr viele Kehrseiten hat. Es gibt angeblich positive Beispiele, die kann ich offen gestanden nicht analytisch beurteilen; von Seiten der Schweizer, die da auch noch in den Anfängen stecken. Prinzipiell, glaube ich, ist es eine Gretchenfrage, wie können wir unsere Instrumentarien besser koordinieren, besser miteinander abstimmen und Grauzonen zwischen Übergangshilfe, Stabilisierung, humanitärer Hilfe, friedensfördernde Maßnahmen, langfristiger EZ und so weiter, besser heben – auch im Sinne des seit bald 10 Jahren diskutierten besseren Nexus aus humanitärer Hilfe, Entwicklungsfragen und Friedensfragen. Wir haben neulich eine Veranstaltung bei uns im geschlossenen Raum gehabt, aber ich darf das Zitat, glaube ich, teilen. Michael Köhler, der ehemalige Chef von ECO, sagte nur, dass der ganze Nexus, diese Dinge zusammenzudenken, bis heute eher ein Nexus der Theorie und nicht der Praxis sei, und das verdeutlicht, glaube ich, die Herausforderung. Vielen Dank.

SV Dr. **Thorsten Klose-Zuber** (Help): Danke schön. Ich kann kurz auf die Frage antworten, aber hole natürlich dann im Nachgang noch ein bisschen aus. Die regionale Priorisierung halte ich erstens für humanitär nicht begründbar. Das heißt, es ist erstmal grundsätzlich schon ein falscher Weg. Zweitens sehe ich keine breite Allianz weltweit, sich dann aufzuteilen auf die humanitären Krisenlagen. Man kann sagen, ich glaube, das ist auch ein Stück weit die Strategie, Deutschland kümmert sich dann um seine geopolitisch, nicht mehr bedarfsorientiert interessanten Nachbarregionen. Das mag der Nahe Osten sein, das ist sicherlich die Ukraine. Dann stellt sich aber schon die erste Frage, wie sieht es aus mit den humanitären Krisenlagen auf dem afrikanischen Kontinent? Wer fühlt sich dafür dann geopolitisch motiviert? Dann blickt man auf die Amerikaner. Große Unsicherheit im nächsten Jahr, was da passiert. Ist die amerikanische Regierung geopolitisch daran interessiert sich in Lateinamerika zu engagieren? Blickt man nach Asien, fällt der Blick relativ schnell Richtung Australien, mitunter momentan auffallend, überhaupt nicht aktiv im humanitären System zu sein. Dann ist die Frage, was ist mit Katar, was ist mit Russland, was ist mit China? Dann

stellt sich relativ schnell die Frage – wenn wir uns geopolitisch motivieren, nicht mehr bedarfsorientiert zu handeln, sondern weil wir uns geopolitisch jetzt Regionen aussuchen: Wollen wir das von Katar, wollen wir das als Bundesregierung von China, dass sie ihre humanitäre Hilfe, die wir benötigen, um das System zu stärken, auch geopolitisch, sicherheitspolitisch oder anders motiviert bespielen? Oder wollen wir nicht diese Geber davon überzeugen, dass ein bedarfsorientiertes, prinzipienorientiertes System an sich einen Wert hat und darin investiert werden muss? Wie macht Deutschland das dann am besten, neue Geber dafür zu motivieren? Indem man sich selbst prinzipienorientiert und bedarfsorientiert ausrichtet? Daher halte ich die Idee erstens nicht für zielführend, weil ich momentan keine Geber sehe, die sich auf diese, ich sage jetzt mal, globale Verteilung einlassen würden. Das Argument ist insofern schwach, als dass es das humanitäre System beschädigen würde, anstatt zu stärken.

Die **Vorsitzende:** Herr Mijatović, bitte.

Abg. **Boris Mijatović** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich habe wieder zwei Fragen. Eine geht an Frau Küsters und eine an Herrn Frick. Frau Küsters, Sie sagten, so eine Krise dauert im Schnitt zehn Jahre. Das heißt, bei der humanitären Hilfe, das ist das, was wir im Auswärtigen Amt haben, trennen wir Übergangshilfe und wirtschaftliche Zusammenarbeit von akuter Krise. Wenn das im Schnitt zehn Jahre dauert, was machen wir denn eigentlich mit den Kindern in der Zeit? Das ist ein sehr langer Zeitraum. Sie haben sehr ausführlich in Ihrer Stellungnahme von vorausschauender Arbeit gesprochen. Vielleicht könnten Sie uns noch mal einen Einblick geben. Wir haben in Südsudan bei Save the Children ein Projekt gesehen, in dem Kinder unterrichtet werden, auch in herausragender Weise Lernerfolge erzielen, weil da ein großes Interesse besteht. Zweite Frage, Herr Frick, Politisierung humanitärer Hilfe: Sie sind eine VN-Organisation, Sie sind in der schwierigen Situation, wenn Gelder fehlen, zu entscheiden, Nahrungsmittel zu kürzen. Ich sage jetzt bewusst den Begriff Triage, weil am Ende des Tages entscheiden Sie. In Syrien – ich glaube vor einem Dreivierteljahr war das – hatten wir kein Geld mehr und das World Food Programme musste Nahrungsmittel rationieren. Wie muss ich mir vorstellen, dass die Debatten bei Ihnen ablaufen, wenn nicht politisch? Die VN selbst sind derart unter Druck, unter Beschuss mit *Fake News*, wir haben das heute hier auch erlebt, dass wirklich falsche Informationen einfach so rausgehauen werden. Sie sehen sich also einer Situation gegenüber, die kaum zu meistern ist und dann kommt noch die generelle Debatte um die Politisierung. Ist das etwas, was die VN leisten kann? Und vielen Dank auch an Ihre Arbeit in Gaza, wenn ich das an der Stelle mal ausdrücklich sagen darf.

SVe **Katharina Küsters** (Plan International): Vielen Dank für die Frage. Ich habe das eingangs deswegen erwähnt, weil genau das das Problem ist. Die erste Assoziation bei humanitären Krisen ist, es passiert etwas Furchtbares, wir gehen hin und hoffen, dass wir nach einem halben Jahr oder nach einem Jahr die Krise bewältigt haben. Das ist leider mitnichten der Fall. Wir haben gerade schon gehört, wie viele Konflikte es auf der Welt gibt und Konflikte und Klimawandel sind eben die zwei Haupttreiber, die dazu führen, dass wir humanitäre Krisen haben. Das ist genau das Problem, dass wir insbesondere Kinder in diesen Krisen nicht hören und sie nicht adäquat geschützt werden, was eigentlich auf Grund des Völkerrechts ihr Anrecht wäre, dass wir eine verlorene Generation haben, denn wir haben letztendlich Kinder, die haben gar keinen Zugang zur Bildung. In den unterschiedlichen Ländern, in denen wir arbeiten, sehen wir, dass die Kinder weder Bildung erfahren noch Ernährungssicherheit haben, die sie brauchen, um gesund aufzuwachsen. Sie haben keinen Zugang zu einem Gesundheitssystem, das funktioniert; sie haben keine juristische Unterstützung und ihre Eltern oder die Gesellschaft wenden teilweise sehr negative Kompensationsstrategien an. Das ist die Frage, wenn wir sagen, eine humanitäre Krise dauert im Schnitt – es gibt welche, die dauern nicht nur eine Dekade, sondern eben zwei. Dann haben wir da eine Gesellschaft, die irgendwann erwachsen ist, mit der wir aber Probleme haben werden, dass weiterhin Krisen vernachlässigt sind und sich weiter auswirken in die Gesellschaft hinein. Das sieht man insbesondere dann, wenn man auch die Mädchen anschaut. Wir wissen, dass diese Investition in Frauen und Mädchen wichtig wäre, um langfristig

und nachhaltig für eine Verbesserung zu sorgen. Ich hoffe, das beantwortet die Frage. Danke.

SV Dr. **Martin Frick** (WFP): Herr Mijatovic, vielen Dank für die Frage. Das ist tatsächlich für viele meiner Kolleginnen und Kollegen im Feld eine unmögliche Aufgabe. Ich bekomme jede Woche zig Anrufe von Länderdirektoren und Länderdirektorinnen, die buchstäblich für ihre Länder betteln. Ich habe es eingangs gesagt, wir sind als World Food Programme zu ganz wesentlichen Teilen projektfinanziert. Das heißt, es ist meistens nicht unsere Entscheidung, wo wir Mittel hingeben können. Mit rühmlichen Ausnahmen. Die Bundesregierung gibt uns flexible Mittel, zum Beispiel für das Horn von Afrika, wo wir dann schnell reagieren können. Das ist sehr wichtig, aber es kann den Mangel in der Masse nicht ausgleichen. Politisierung: Es ist viel im Umlauf und gerade im Umfeld auch von Gaza, wo die VN unter Generalverdacht gestellt wird. Wenn man sich die Tatsachen anschaut, dann finde ich es – und ich betrachte mich noch immer als ein Neuling bei WFP, ich bin da jetzt etwas über drei Jahre – erstaunlich, wie gut und treffsicher man auch in schwierigsten Situationen arbeiten kann und wie humanitäre Helferinnen und Helfer in diesen Situationen es immer noch schaffen, irgendwie an die Menschen heranzukommen. Was wir aber mit großer Unsicherheit sehen – die Lage jetzt in den USA ist angesprochen worden –, wir werden mit Sicherheit sechs, sieben vielleicht acht Monate in der vorläufigen Haushaltsführung sein, so dass in den nächsten sechs Monaten die Lage enorm schwierig wird. Denn es ist nicht nur die Höhe der Zuwendungen über das Jahr, es ist die Frage, wann kommen diese Zuwendungen. Können wir verhindern, dass Pipelines eintrocknen und vielleicht und wahrscheinlich wird es auch das Instrument der überplanmäßigen Zuwendungen geben müssen, weil wir sonst mit den humanitären Situationen gar nicht zurechtkommen können. Wir sehen mit Sorge in das neue Jahr und wir hoffen dann auf Verständnis und Unterstützung. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende:** Für die FDP würde ich gerne meine erste Frage an Frau Dovifat stellen.

Abg. **Renata Alt** (FDP): Frau Dovifat, in Ihrem Bericht nennen Sie enorm hohe Zahlen an Opfern sexualisierter Gewalt im Kongo. Woran liegt dieser dramatische Anstieg, insbesondere im Vergleich zu anderen Konflikten und wie sehen Sie in diesem Bezug die Wirksamkeit der UNO-Resolution 1325, die in Wirklichkeit der wahre Ursprung für die feministische Außenpolitik war? Meine zweite Frage richtet sich an Herrn Dr. Frick. Mich würde interessieren, Herr Dr. Frick, wie sich das Auslaufen des Getreideabkommens zwischen Russland und der Ukraine, auf die Versorgungslage weltweit auswirkt? Beteiligt sich das WFP an der Ausfuhrlogistik, um die Kosten zu optimieren? Eine weitere Frage habe ich in Bezug auf die Kombination der Nahrungsmittelvergabe und Impfkampagnen. Das WFP kombiniert Nahrungsmittelvergaben und Impfkampagnen, um Synergien zu schaffen. Wie bewerten Sie den Erfolg dieser Maßnahmenbündelung und welches Potenzial sehen Sie für mehr Synergien?

SVe **Lara Dovifat** (Ärzte ohne Grenzen): Herzlichen Dank für die Frage und dass Sie dieses wichtige Thema nochmal aufgreifen. Ich hatte eingangs gesagt, im Kongo haben meine Kolleginnen und Kollegen im letzten Jahr etwas mehr als 25.000 Überlebende sexualisierter Gewalt behandelt. Das sind nicht nur zwei Patientinnen pro Stunde, sondern es sind auch doppelt so viele Patientinnen wie im Vorjahr. Wir sehen also, dass sich eine Krise massiv verschärft, und das lässt sich auf verschiedene Faktoren zurückführen. Wir sehen, dass sich mehr und mehr Akteure in der Region, gerade in Kivu, zurückziehen. Wir sehen, dass Menschen in immer prekäreren Lebensbedingungen ausharren müssen; dass es eine festgefahrene Krise gibt, wo sich noch verschiedene andere Faktoren draufsetzen. Wir haben eine hohe Nahrungsmittelunsicherheit – ich hatte es vorhin angesprochen. Wir haben Masern, wir haben Cholera, wir haben Ausbrüche von M-Pox. Das trägt alles dazu bei, dass dieser Kontext extrem volatil ist. Im Oktober dieses Jahres hatten wir zwei wunderbare Kolleginnen aus dem Kongo bei unserem humanitären Kongress, den wir einmal im Jahr organisieren, und sie sprachen von einer stillen Epidemie. Das, finde ich, drückt es gut aus. Wir haben eben nicht nur die Krankheiten, die wir als Ärztinnen und Ärzte behandeln, sondern wir haben eben auch diese Epidemie der sexualisierten Gewalt.

Unser Appell ist, dass mehr Akteure vor Ort aktiv werden. Wir haben einen Bericht veröffentlicht, der heißt „We are calling for help“. Und das sind nicht Ärzte ohne Grenzen, die nach Hilfe rufen, sondern es sind vor allem die betroffenen Frauen und Mädchen vor Ort. Die UNO-Resolution ist ein erster wichtiger Schritt, und wir haben gerade die feministische Außenpolitik mit Interesse verfolgt. Ich glaube, das kann ausgebaut werden, wenn man wirklich die gesamte Bandbreite der vulnerablen Gruppen in den Blick nimmt und es nicht zu fokussiert fährt. Am Ende kommt es darauf an, was vor Ort wirklich stattfindet. Wenn wir nach wie vor solche Situationen haben wie im Kongo, ist eine feministische Außenpolitik noch nicht da angekommen, wo sie hin müsste. Danke.

SV Dr. **Martin Frick** (WFP): Frau Vorsitzende, vielen Dank für die Frage. Weltweite Versorgungslage: Es gilt, was wir gesagt haben: Dass es genügend Lebensmittel gibt und dass wir ein Verteilungsproblem haben. Das kann sich ändern. Ich habe schon von den Klima-Auswirkungen gesprochen. Ralf Südhoff hat das auch gesagt. Aber wir haben nach wie vor ein Verteilungsproblem. Das ist stark geprägt von hohen Kosten. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir nach wie vor 20 Prozent höhere Kosten für Grundnahrungsmittel auf dem Weltmarkt haben. Das in einer Mischung von starken Inflationen in vielen Ländern, Währungsverlusten, die dafür sorgen, dass Importe einfach immer teurer werden. Das steht auch im Zusammenhang mit der Frage der Frau Abgeordneten Sthamer. Was die Ukraine angeht, da hatten wir eine merkwürdige Entwicklung, denn es sah 2023/2024 so aus, als ob es gar nicht so schlimm wäre. Das lag aber auch daran, dass durch die Kriegshandlungen erstmal große Mengen Getreide in den Speichern blockiert waren, die dann exportiert werden konnten. WFP hat, in der Initiative des ukrainischen Präsidenten „Grain from Ukraine “, mehr als 280.000 Tonnen Weizengetreide aus der Ukraine bewegt und hat selbst, als Aufkäufer, 28 Schiffe gechartert und Getreide aufgekauft. Nun wissen wir natürlich, dass das *Black Sea Grain Agreement* von Russland gekündigt worden ist. In den letzten Monaten war die Sicherheit der Getreideexporte entlang der Küste doch gewährleistet – militärisch, nicht diplomatisch. Aber was wir jetzt sehen an Versorgungslage ist, dass wir, und das sind Schätzungen, für die Saison 2024/2025 eine Reduktion von 14 bis 23 Prozent der ukrainischen Exporte sehen werden. Es ist also klar zu spüren, wie dieser Krieg auf die Ukraine drückt und auch auf die landwirtschaftlichen Exporte. Das wird auch Folge auf Weltmarktpreise haben.

Die **Vorsitzende:** Vielen Dank. Herr Braun, bitte.

Abg. **Jürgen Braun** (AfD): Vielen Dank für das Wort, Frau Vorsitzende. Die „vergessenen Krisen“, die wir am 5. Juli letztes Jahr beschlossen haben – danke, dass Frau Alt auch die Menschenrechtsfrage angesprochen hat und eine nicht humanitäre Frage gestellt hat. Vergessene Krisen sind eben ein großes Thema und, was sehr wichtig ist, ist natürlich jetzt Syrien, was in den letzten Jahren vielfach vergessen war – seit 15 Jahren durchgehend eine Krise. Jetzt ist es im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Ich sage jetzt mal, so brutal schnell kann es dann auch gehen und vielleicht in wenigen Monaten oder Jahren werden wir schon wieder erleben, dass das sowohl menschenrechtlich wie auch humanitär wieder eine vergessene Krise ist. Herr Peci, Sie sind Experte für verschiedene islamistische Strömungen, Sie haben verdeckt für deutsche Sicherheitsbehörden gearbeitet. Wie schätzen Sie die Machthaber oder die Milizen ein, die in Syrien jetzt an der Macht sind? Bei aller Diktatur, brutaler Diktatur, die Christen, die ich kenne, haben ihre Religion unter Assad relativ frei ausleben können. Jetzt sehen sich viele von ihnen in Gefahr. Wie geht das jetzt weiter? Sie haben davon gesprochen, in verschiedenen Medien, 2015 unter anderem in einem Interview der Bild-Zeitung, dass der islamische Staat, ISIS, ein vorübergehendes Phänomen sei und Al-Qaida letztlich auf Dauer bedrohlicher sei. Jetzt haben wir diese sogenannte Al-Golani HTS als Siegesgruppe, die Al-Qaida zugerechnet wird. Wie beurteilen Sie das menschenrechtlich und wie beurteilen Sie das für die humanitäre Entwicklung in Syrien?

SV **Irfan Peci** (Islamismusexperte): Vielen Dank. Die Prognose damals hat sich auf jeden Fall bewahrheitet. Was wir jetzt sehen, dass das Assad-Regime gestürzt wurde – und es geht überhaupt nicht darum, das Assad-Regime irgendwie zu verharmlosen, das war eine schlimme Diktatur. Nur

gibt es eben auch keinen Grund zur Freude, denn jetzt wird eine islamistische Diktatur folgen. Leider ist die Medienberichterstattung da sehr einseitig. Man warnt vor dem IS, und alle sind sich bewusst, wie brutal und gefährlich die IS-Scharia-Herrschaft ist. Nur leider, die HTS, die aus der Al-Qaida entstanden ist, wird auch nicht viel besser. Dann reden wir hier auch über massive Menschenrechtsverletzungen. Wir haben heute über Frauenrechte gesprochen. Frauen werden massiv darunter leiden. Es wird anfangen bei Vorschriften zur Bekleidung, wie wir es auch bei den Taliban in Afghanistan sehen, dass Frauen verpflichtet werden, eine Burka zu tragen, einen Niqab zu tragen. Wie Herr Mijatović erwähnt hat, Genitalverstümmelung ist auch immer wieder ein Problem unter der Scharia-Herrschaft, wie es auch die HTS angekündigt hat. Ich rede nicht von Äthiopien, sondern wir reden von Syrien. Wenn man sie fragt, wie sie es rechtfertigen; sie rechtfertigen es islamisch. Das ist auf jeden Fall ein Problem. Dann haben wir das Problem für die Minderheiten. Die Minderheiten in Syrien werden massiv darunter leiden. Die Christen, Juden, Drusen, Aleviten, die es dort gibt, die haben nicht die gleichen Rechte wie die muslimischen Bürger in einer islamistischen Herrschaft. Das wird ein großes Problem der Perspektive. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende:** Damit kommen wir nun zu der vereinbarten Schlussrunde, in der alle Sachverständigen noch einmal drei Minuten Zeit für ein abschließendes Statement haben. Nachdem wir die Eingangsstatements in alphabetischer Reihenfolge gehört haben, beginnen wir nach unserer Praxis nun in umgekehrt alphabetischer Reihenfolge. Zunächst hat Herr Südhoff das Wort.

SV **Ralf Südhoff** (CHA): Vielen Dank noch einmal für die Gelegenheit. Ich werde versuchen, zum einen noch einmal die Grundsatzfrage aufzugreifen, die hier anklang, aber auch in Zeiten von Budgetkürzungen immer gerne aufkommt: Ist denn humanitäre Hilfe in dem Maße überhaupt nötig? Schaffen wir nicht nur Abhängigkeiten? Das Stichwort fiel hier auch im Kontext von: Dann muss man sich doch um den Klimawandel gar nicht kümmern. Vielleicht mal eine Zahl, um einzuordnen, über welchen Teil wir eigentlich reden, der an Hilfe geleistet wird. Schätzungen zufolge wird lokal, in lokaler Verantwortung und aus lokalen Mitteln humanitäre Hilfe weltweit in einem Anteil von 90 plus x Prozent geleistet. Das ist das, was lokal vor Ort passiert – sei es von lokalen Gemeinden, von lokalen Regierungen oder teils durchaus auch nationalen Regierungen, wo diese gut funktionieren, wenn es der Fall ist aber auch an Nachbarschaftshilfe. Der Dachdecker, der nach dem Erdbeben den Nachbarn gratis das Dach wieder deckt. Die Frauen, die medizinische Hilfe leisten oder ihre knappen Nahrungsmittel teilen. Das ist die Eigenverantwortung und das ist der allergrößte Teil, der an Hilfe geleistet wird. Wir reden hier immer nur über eine ganz kleine Nische, von einem Hauch von Solidarität, den wir vom globalen Norden für viele Probleme leisten, die wir durchaus – wenn man den Klimawandel nicht einfach leugnet – im Wesentlichen verursacht haben. In dem Zusammenhang noch einmal der Appell zur Politisierung der humanitären Hilfe: Es ist, glaube ich, aus unserer Sicht zentral – wenn die humanitäre Hilfe an sich, ihre Werte und was sie eigentlich ausmacht, überleben und ein eigenständiger, zentraler Bereich bleiben soll – eine Politisierung der humanitären Hilfe in Deutschland, aber auch international zu verhindern und diese Debatte einzufangen und auch im deutschen Bereich von einem Traum einer internationalen Arbeitsteilung – wir machen Europa, andere aufrechte Regierungen, inklusive Peking und Washington übernehmen in Zukunft dann die anderen Regionen – Abstand zu nehmen. Das halten wir tatsächlich für einen Irrweg. Leider; es wäre in einer idealen Welt vielleicht sogar umsetzbar.
Zwei kleinere Punkte noch. Was ich nur am Rand erwähnt habe, ist wirklich für die Gesamtverantwortung einer Regierung und auch einer, dann vielleicht institutionellen Aufstellung, eine spannende Frage: Nach welchen Kriterien definiert man künftig im Rahmen eines vorhandenen entwicklungspolitisch-humanitären Budgets, wie viel davon für humanitäre Hilfe ausgegeben werden soll? Wir haben im Moment eine Situation, in der dies nach eher Partei- und Regierungsproporz mit dem Finanzministerium ausgehandelt wird, und nicht danach, dass die humanitären Bedarfe seit vielen Jahren rasant steigen. Der Anteil, den Deutschland in diesem Bereich gibt, ist trotzdem immer noch weit unterdurchschnittlich, auch im internationalen Maßstab. Letzter Punkt: Vergessene Krisen. Wir reden immer über Länder. Eine

spannende Frage, die wir noch gar nicht thematisiert haben, ist: Gibt es eigentlich auch vergessene Sektoren? *Gender-Based-Violence* ist ein zentraler Punkt, der hier vielfach genannt wird. Wir haben vielleicht teils Länder, die ganz okay finanziert sind, aber im Bereich *Gender-Based-Violence*, Frauenförderung, frauengeführte lokale Organisationen kaum Finanzierung vorhanden ist – eine vergessene Krise aus unserer Sicht. Vielen Dank, dass wir hier sein durften.

Die **Vorsitzende:** Herr Peci, bitte schön.

SV **Irfan Peci** (Islamismusexperte): Vielen Dank. Es war hier viel von humanitärer Hilfe und Geld die Rede, das ist alles vollkommen berechtigt und nachvollziehbar, das ist auch sehr wichtig. Ich will aber nur darauf aufmerksam machen, dass humanitäre Hilfe sicher wichtig ist, aber diese Krisen nicht lösen wird. Es macht den Eindruck, als ob Geld das ganze Problem lösen würde. Ich verstehe, wenn man einer humanitären Organisation vorsteht, dass man sich um die Finanzierung kümmern muss, aber wichtig ist es, den Kern des Problems zu behandeln. Der Kern des Problems ist in den meisten Krisen, von denen wir heute gesprochen haben, der politische Islam und deswegen sollte man sich keine Illusionen machen und denken, dass man allein mit humanitärer Hilfe in Gaza, Syrien oder Afghanistan diese Probleme lösen wird. Diese Probleme sind vorprogrammiert, die werden sich immer wieder wiederholen, wenn man sich nur auf humanitäre Hilfe beschränkt, ohne das jetzt klein zu reden. Zusammenfassend, was das Thema betrifft, die vergessene Krise, die direkt hier vor unserer Haustür ist, – am Balkan, die Islamisierung des Westbalkans, die sich verschlechternde Menschenrechtslage auf dem Westbalkan – ist hauptsächlich durch die Islamisierung bedingt. Ein Problem dabei ist, dass die Kritik am Islam als unstatthaft gilt und vor allem unter deutschen Medienschaffenden erfährt dieses Thema leider kaum Aufmerksamkeit. Wir sehen es hier, man versucht ja hier, fast schon mit Gewalt, mich daran zu hindern, überhaupt darauf aufmerksam zu machen. Pöbeleien und so weiter von der Seite.

(Zurufe)

SV **Irfan Peci** (Islamismusexperte): Jeder Sachverständige darf normal aussprechen, nur ich nicht. Man kann mir inhaltlich alles entgegnen. Sie hatten auch die Möglichkeit, mir Fragen zu stellen. Ich hätte gerne auf inhaltliche Kritik geantwortet. Es kam keinerlei inhaltliche Kritik.

(Zurufe)

SV **Irfan Peci** (Islamismusexperte): Ja, kein Experte, wie Sie ihn gerne hätten, der das bestätigt, was Sie behaupten. Das ist nicht das Thema, serbischer Nationalismus. Das ist doch nicht das Thema. Das Thema ist die vergessene Krise der Islamisierung am Westbalkan, nicht der serbische Nationalismus. Der serbische Nationalismus verursacht keine Probleme in Deutschland, im Gegensatz zur Islamisierung. Was hinzukommt, ist, dass die fraglichen Akteure, also die Islamisten auf dem Balkan, von Seiten des Westens über Jahrzehnte hinweg unterstützt werden. Eine offene Kritik und mögliche Abwendung von den derzeitigen Verbündeten käme dem Eingeständnis gleich, aus rein geopolitischen Überlegungen heraus, die Falschen unterstützt zu haben. Vielen Dank trotzdem für die Einladung.

SVe **Katharina Küsters** (Plan International): Ich habe das Bedürfnis, einmal nicht damit anzufangen, was ich vorbereitet hatte, sondern noch einmal auf etwas anderes einzugehen. Und zwar, wer sich hier aufschwingt, sich für die Rechte von Frauen und Mädchen einzusetzen und so tut, als würde er diese verteidigen – das ist besonders perfide, was wir erlebt haben. Wer das tut, sollte sich gegen patriarchale Systeme wenden, nicht gegen eine einzelne Religion und einen islamistischen Narrativ verwenden, einen rassistischen in diesem Fall. Ich finde es besonders perfide, weil es uns heute gezeigt hat, dass die Kinder, über die wir eigentlich sprechen wollten, nicht den Raum bekommen haben, den sie verdient hätten, sondern sie wurden auch noch benutzt für die eigene politische Agenda. Insofern finde ich es unheimlich schwierig, dass wir auch heute hier den Satz gehört haben: Das ist wichtig, weil es Deutschland betrifft. Ich möchte deswegen noch einmal darauf hinweisen, die humanitären Prinzipien sind der Ast, an dem sie gerade sägen. Das ist ein Problem für uns alle, weil es globale Konsequenzen haben wird. Der Klimawandel macht nicht an nationalen

Grenzen halt. Die Krisen werden auch hier zu spüren sein, wenn wir uns nicht darum kümmern. Dementsprechend wäre es mir wichtig, noch einmal darauf hinzuweisen, dass wir eben nicht nur moralisch verpflichtet sind zu handeln, sondern auch …

(Zurufe)

Die **Vorsitzende:** Möchten Sie jetzt untereinander diskutieren oder hat unser Gast das Wort?

(Zurufe)

Die **Vorsitzende:** Herr Brand, Herr Braun, jetzt hat das Wort Frau Küsters.

SVe **Katharina Küsters** (Plan International): Wir können die Fakten leugnen, wenn Sie das möchten, aber es wird uns nicht weiterhelfen, das sind Scheinlösungen. Wir wissen, welche Konsequenzen die Überlebensbedingungen für Kindern in humanitären Krisen haben. Wir wissen, welche Auswirkungen das hat für die Gesellschaft. Wir wissen, was Gleichberechtigung für die Gesellschaft bedeutet. Dennoch wissen wir auch, dass Krisen kommen und werden nicht aktiv, sondern wenn überhaupt dann, wenn es zu spät ist. Das verursacht höhere Kosten und sehr viel größeres Leid. Der Klimawandel wird vernachlässigte Krisen weiter verschärfen. Er wird nicht an nationalen Grenzen halt machen. Sich allein für humanitäre Hilfe zu entscheiden, um für sie eigene politische Interessen zu nutzen, widerspricht den humanitären Prinzipien, ist gefährlich. Sie ermöglichen es uns – das haben wir heute mehrfach gehört – global handlungsfähig zu bleiben. Deswegen wäre es für uns wichtig, dass die Bundesregierung sich nicht zurückzieht und das globale Engagement zurückfährt, denn dies wird weiter Instabilität schaffen. Weltweit, in Europa, auch in Deutschland. Wir fordern daher, eine gerechte, solidarische Welt zu fördern, die auf gemeinsamen Werten basiert, und zwar mit einem Blick auf die Kinder in diesen Krisen, weil sie das Recht dazu haben. Herzlichen Dank.

SV Dr. **Thorsten Klose-Zuber** (Help): Vielen Dank. Ich glaube, es ist relativ deutlich geworden, dass die humanitäre Hilfe international unter unterschiedlichsten Druckmomenten steht. Einerseits sehen wir, dass wir finanziell – es wurde mehrfach diskutiert – Mittelrückgänge etc. haben. Wir haben aber auch grundsätzlich eine Situation, dass wir zunehmend…

(Zuruf: Halten Sie sich mal zurück, Herr Braun. – Weitere Zurufe)

Die **Vorsitzende:** Halten Sie bitte die Uhr an. Sollen wir die Sitzung noch einmal unterbrechen? – Dann hat Herr Dr. Klose-Zuber das Wort.

SV Dr. **Thorsten Klose-Zuber** (Help): Wir sehen im humanitären System mehrere Probleme, die das gesamte System vor enorme Herausforderungen stellen. Es ist der Mittelrückgang auf der einen Seite, es ist aber auch eine zunehmende Ignoranz der Regeln innerhalb des humanitären Systems. Es sind also unterschiedliche Probleme, die wir haben. Es ist völlig nachvollziehbar, dass man mit einem Mittelrückgang priorisieren muss innerhalb des humanitären Systems. Es ist auch völlig nachvollziehbar, dass Deutschland und auch andere Geber sicherheitspolitische, außenpolitische, wirtschaftspolitische, auch entwicklungspolitische Prioritäten und auch Zielsetzungen haben. Man muss allerdings verstehen, dass die humanitäre Hilfe nicht ein Mittel ist, um diese entsprechenden Prioritäten umzusetzen. Die humanitäre Hilfe ist im Übrigen auch kein Instrument, um Probleme zu lösen, sondern die humanitäre Hilfe ist ein Instrument, damit Deutschland, und auch andere Geber, in der Lage sind, noch Menschlichkeit für die Menschen in der Welt zu geben, die in akutesten Notlagen leben. Es gibt vier Aspekte, die ich gerne kurz hervorheben möchte, die meines Erachtens für Deutschland, aber auch für andere Geber, maßgeblich wichtig sind. Eine strategische Priorisierung von Dingen, die man umsetzen möchte. Deutschland hat hier die Themen Lokalisierung und vorausschauende humanitäre Hilfe herausgehoben; das ist absolut ein richtiger Weg. Ich wünsche mir ein klares Bekenntnis zu einer Bedarfsorientierung, auch unter dem Aspekt, dass Deutschland zu dem Schluss kommt, ein menschliches Gesicht zu zeigen, um Menschen in Not beizustehen, wenn sie in überlebensgefährdeten Situationen sind – ist Teil eines außenpolitischen Verständnisses Deutschlands oder des internationalen Engagements dieses Landes und basierend

darauf die Mittel auszurichten. Das wäre der zweite Aspekt. Bedarfsorientiert, prinzipienorientiert, die Mittel entsprechend sicherzustellen und idealerweise sich vielleicht auch zukünftig darauf zu einigen, dass es für die humanitäre Hilfe in diesem Land eine Art von Sockelfinanzierung gibt; dass es einen Betrag gibt, unter dem wir nicht drunter fallen. Damit wir nicht in einer Legislaturperiode – so wie wir das jetzt beispielsweise erleben mussten – eine drohende Kürzung von zwei Dritteln des humanitären Budgets befürchten müssen, mit all den Konsequenzen, die das dann gehabt hätte. Der vierte Aspekt wäre dann der Fokus, diese Mittel über lokale Akteure stärker umzusetzen, lokale Akteure stärker an den Mitteln zu beteiligen, denn Deutschland hat einen enorm guten Ruf, gerade bei lokalen Organisationen, als glaubwürdiger als prinzipienorientierter und bedarfsorientierter Geber. Das ist auch dem Engagement der Kolleginnen und Kollegen im Auswärtigen Amt zu verdanken. Diesen Ruf weiter zu bewahren, das ist etwas, was ich mir als Impuls aus diesem Ausschuss wünschen würde. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende:** Herr Dr. Frick.

SV Dr. **Martin Frick** (WFP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Trotz der knappen Zeit ist viel Kluges gesagt worden und mir ist natürlich sehr bewusst, dass die Damen und Herren Abgeordneten hier sehr bald im Wahlkampf sein werden, mit den Menschen im Wahlkreis sprechen werden und leider ist auch da die humanitäre Hilfe angezählt worden, sonst würden wir nicht so argumentieren und Argumente für die humanitäre Hilfe bringen. Das ist, wie mehrfach gesagt wurde, bedenklich, denn natürlich ist es ein außenpolitisches Instrument, natürlich hat das mit dem Ansehen Deutschlands zu tun. Natürlich ist es auch ein Flaggschiff der Bundesrepublik geworden. Es hat aber auch viel mit der Identität zu tun. In einem Land, das erst 1973 Mitglied der Vereinten Nationen geworden ist, waren wir mal sehr dankbar, wieder mitspielen zu dürfen; wieder Ansehen zurückgewonnen zu haben. Und da hat die humanitäre Hilfe und die Entwicklungszusammenarbeit und vor allem die Abwesenheit von Interessen, die auch oft kritisiert worden ist, Deutschland tatsächlich gut zu Gesicht gestanden. Ich will das so sagen: Deutschland ist ein exportorientiertes, weltoffenes, mit allen Ländern der Welt verknüpftes Land, das im großen Maße von einer regelbasierten internationalen Ordnung profitiert. Die gibt es erstens nicht umsonst und zweitens ist die humanitäre Hilfe einfach Teil des Katalogs. Wir können also nicht bei bestimmten Dingen sagen, wir wollen internationale Solidarität, wir wollen die Kirschen vom Kuchen, wir wollen aber unseren Beitrag so nicht mehr leisten. Ich weiß, dass hier ganz überwiegend Damen und Herren Abgeordnete sehr stark unterstützen was wir tun und wir sind sehr dankbar dafür, und dem Lob ans Auswärtige Amt kann ich mich auch nur anschließen. Vielleicht noch ein, zwei Sätze zur Geldsituation. Ich sage einmal einen populistischen Satz: Wir bräuchten im nächsten Jahr 16,5 Milliarden Dollar – das ist so viel, wie die Welt in zwei Wochen für Kaffee ausgibt. Ich persönlich finde den Vergleich etwas schlimm, denn zwei Wochen ohne Kaffee kann ich mir nicht vorstellen. Aber es geht um nicht viel Geld, und es geht auch in den nationalen Haushalten um nicht viel Geld. Natürlich bemühen wir uns, wie alle anderen Organisationen, eine breitere Geberbasis zu bekommen. Es ist Tatsache, dass die Vereinigten Staaten, die Bundesrepublik Deutschland, die Europäische Union sehr starke Geber sind. Aber dieses Verbreitern der Basis darf nicht auf Kosten der humanitären Prinzipien gehen; wir wären zum Teil durchaus in der Lage Geld anzunehmen, das aber mit so vielen Haken, Ösen und Bedingungen kommt, dass es gegen den humanitären Geist insgesamt verstoßen würde. Das ist etwas, was man hochhalten muss und meine Bewunderung für Sie, die Sie in den Wahlkreisen auch Werbung dafür machen werden. Sie werden natürlich darauf angesprochen, dass Sie Mitglieder dieses Ausschusses sind, und ich wünsche Ihnen da viel Kraft und ich hoffe, dass wir auch in Zukunft mit einem Ausschuss zu tun haben, der der Sache wohl gesonnen ist. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende:** Ich danke Ihnen. Frau Dovifat, bitte.

SVe **Lara Dovifat** (Ärzte ohne Grenzen): Herzlichen Dank für die heutige Sitzung und die weitestgehend konzentrierte Auseinandersetzung mit dem Thema. Das ist uns sehr wichtig. Danke auch

für die Einladung. Ich möchte gerne kurz mit vier knappen Empfehlungen enden. Es wurde schon angesprochen, auch von meiner Vorrednerin Frau Küsters: Es ist elementar, dass humanitäre Hilfe nach den Bedarfen verteilt wird und eben nicht nach geopolitischen Interessen, denn das wäre ganz konkret der Nährboden für die vernachlässigten Krisen und wir könnten uns nicht mehr auf die vulnerablen Gruppen fokussieren. Zweitens, auch das wurde schon angesprochen von Herrn Südhoff, braucht es eine nachhaltige und robuste Finanzierung. Die geplanten Kürzungen sind desaströs und Herr Dr. Frick hat es schon gewagt, einmal kurz in die USA zu schielen. Es werden große Lücken auf uns zukommen. Das ist völlig klar, dass es hier auch eine deutsche Bundesregierung braucht, die einen gewissen Gestaltungswillen hat, um diese Lücken vielleicht auch kreativ zu füllen. Schon jetzt ist klar, dass Ärzte ohne Grenzen als unabhängig finanzierter Akteur mit 2,3 Milliarden im Jahr diese Lücken nicht füllen kann. Das ist völlig deutlich. Wir haben es angesprochen, Herr Klose auch noch mal, die Effizienz zwischen den Gebern steigern, die Koordination ausbauen, auch hier die humanitäre Diplomatie nicht aus dem Blick verlieren. Die Sondergesandten sollten kommen, nicht nur für Gaza. Ich glaube, das wurde heute deutlich. Das wäre uns ein großes Anliegen. Zuallerletzt mein vierter Wunsch und die vierte Empfehlung: Die Achtung des humanitären Völkerrechts. Es ist völlig klar, dass wir nicht arbeiten können, wenn medizinische Einrichtungen und humanitäres Personal angegriffen werden. Man muss nicht bis nach Gaza gucken. In Haiti mussten wir unsere medizinischen Aktivitäten einstellen, weil Patienten aus einem Krankenwagen gezerrt wurden und auf der Straße erschossen wurden. Das sind die Zustände, in denen wir versuchen zu arbeiten. Wir brauchen die Bundesregierung, damit diese Dinge auch öffentlich verurteilt werden. Wir können es nicht zulassen, dass ganze Regionen weltweit als *No-Go-Zonen* für humanitäre Helfende verkommen. Sehr geehrte Damen und Herren, die Menschen in den Krisen, die wir heute besprochen haben – Kongo, Jemen, Nigeria – haben viel zu selten tatsächlich die Möglichkeit, über ihre Situation zu berichten. Ich würde sie auffordern, das zu ändern. Hören sie die Menschen an, gehen sie mit ihnen in Kontakt, versuchen sie ihnen Gehör zu geben. Ich denke, dieser Austausch mit lokalen Akteuren kann tatsächlich auch den Blick auf Krisen ändern und diese aus der Vernachlässigung holen. Ich möchte deswegen mit einem Zitat enden von einem Kollegen. Als wir als Ärzte ohne Grenzen 1999 den Friedensnobelpreis entgegengenommen haben, sagte er: „Wir glauben nicht, dass Worte immer Leben retten können, aber wir wissen, dass Schweigen mit Sicherheit tötet“. Das soll uns und Ihnen als Appell dienen, sich auch 2025 weiter mit den vernachlässigten Krisen auseinanderzusetzen und nicht aus dem Blick zu verlieren. Herzlichen Dank.

Die **Vorsitzende:** Vielen Dank, Frau Dovifat. Frau Bauer, bitte.

SVe **Ariane Bauer** (IKRK): Herzlichen Dank, Frau Alt. Sehr geehrte Damen und Herren, ich glaube, wir haben uns heute ausführlich über sogenannte vergessene Konflikte und vernachlässigte Krisen unterhalten. Etwas, was wir gesehen haben, was wir nicht vergessen dürfen, ist, dass vernachlässigte Krisen sich oft mit vehementer Brutalität wieder in Erinnerung zurückrufen. Da kann man nur sagen, die Schlagzeilen von heute sind oft die vergessenen Krisen von gestern. Da denke ich an die Ukraine, an Israel und die besetzten Palästinenser-Gebiete. Syrien haben wir heute auch angesprochen oder den Sudan. Es ist ein Fakt, dass vergessene Konflikte wieder zu akuten Krisenherden werden, die dann im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen. Es ist dann auch so, dass wir als humanitäre Akteure nur an solchen Orten intervenieren können, präsent sein können, wenn wir bereits vor Ort sind und in diesem Moment schnell und effizient reagieren und Leben retten können. Diese Bemühungen müssen aber auch gekoppelt werden mit Anstrengungen von Akteuren, die sich für politische Lösungen von Konflikten engagieren. Deshalb gestatten Sie mir zum Abschluss ein paar Gedanken mit auf den Weg zu geben, die von unserer Präsidentin, Frau Mirjana Spoljaric, diesen Sommer anlässlich des 75-jährigen Jubiläums der Genfer Konvention im VN-Sicherheitsrat geteilt wurden: Wenn wir heute auf den Globus schauen, haben wir heute mehr als 120 bewaffnete Konflikte, von denen keiner unvermeidlich wäre. Die Schaffung der Voraussetzungen für den Frieden ist eine der wichtigsten Aufgaben von Staaten. Dieses übergeordnete Ziel haben Staatslenker

auch vor Augen gehabt, als sie sich 1949 auf die Genfer Konvention geeinigt haben. Als IKRK, als Organisation mit dem Auftrag, Opfer bewaffneter Konflikte zu stützen und auch Konfliktparteien daran zu erinnern, dass das humanitäre Völkerrecht eingehalten werden muss, wissen wir auch, was Krieg bedeutet. Wir haben tagtäglich tausende Kolleginnen und Kollegen vor Ort, die diese Konsequenzen miterleben. Kriege kennen keine Pausen und wir dürfen ihre Grausamkeiten nicht vergessen. Deshalb ist unsere Botschaft klar, die Achtung des humanitären Völkerrechts ist unerlässlich, um die schlimmsten Folgen eines Krieges zu verhindern. Da sind wir, das sind Sie als Parlamentarierinnen und Parlamentarier und wir, ich, als IKRK-Delegierte – wir alle müssen unsere Rolle beim Schutz, bei der Achtung und der Umsetzung des humanitären Völkerrechts spielen. Hier habe ich auch drei Punkte, die ich Ihnen zum Schluss auf den Weg geben möchte. Erstens: Wir müssen die hart erkämpften Errungenschaften, die wir als internationale Gesellschaft, Gemeinschaft erzielt haben, bewahren. In heutigen Konflikten hören wir allzu oft, dass eine bestimmte Situation so beispiellos ist, dass das humanitäre Völkerrecht gar nicht damit umgehen kann, oder sogar, dass gewisse Menschen den Schutz des Völkerrechts gar nicht verdienen. Wir müssen unsere Stimme dazu nutzen, um die Universalität des humanitären Völkerrechts bei jeder möglichen Gelegenheit zu bekräftigen. Als zweites müssen wir uns dem Problem der Nicht-Einhaltung der Normen des humanitären Völkerrechts stellen. Wir sehen jeden Tag Verstöße gegen dieses humanitäre Völkerrecht. Für uns besteht kein Zweifel, dass die Umsetzung des Völkerrechts Leben und Eigentum von Zivilisten verschont, dass es Folter und Verschwindenlassen verhindert, dass Krankenhäuser dadurch geschützt werden und dass schreckliche Waffen auch von Schlachtfeldern weggehalten werden. Wenn das Gesetz gebrochen wird, muss es nicht behoben werden, sondern im Gegenteil durchgesetzt werden. Ein letzter Punkt: Die Staaten müssen die Einhaltung des Völkerrechts zu ihrer politischen Priorität machen, egal, ob in tagesaktuellen oder vergessenen Konflikten. Ich danke Ihnen, Frau Alt.

Die **Vorsitzende:** Damit sind wir am Ende unserer heutigen Anhörungssitzung angelangt. Ich danke insbesondere den Sachverständigen sehr herzlich für ihre Teilnahme. Ich wünsche Ihnen allen, erholsame und schöne Weihnachtsfeiertage.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 16:48 Uhr

Renata Alt, MdB
Vorsitzende